

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.

fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 245.

Montag, den 19. Oktober 1908.

15. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Prinzip und Taktik.

Herr Pastor Naumann hat sich bekanntlich in den letzten 1½—2 Jahren schwer kompromittiert. Zunächst durch seine Teilnahme an der durch und durch antidemokratischen Blockpolitik, und dann, als er im Reichstag sogar für das Ausnahmegesetz gegen die Mutter Sprache der Polen stimmte. Beides wiegt um so schwerer, weil Herr Naumann nur mit Hilfe der Sozialdemokraten in den Reichstag gelangt ist, die ihm sicherlich ihre Stimmen nicht gegeben hätten, wenn sie ein derartiges Verhalten hätten ahnen können.

Es scheint nun, daß Herr Naumann von Gewissensbissen geplagt wird — was für ihn sicherlich nur ehrenvoll ist. Wenigstens nur als einen Ausfluß von Gewissensbissen können wir einen Artikel ansehen, den er in diesen Wochen über „Das Schicksal des Marxismus“ veröffentlicht hat. Wenn wir nämlich von einer höchst kuriosen Ansicht über das Wesen des Marxismus (und damit über das Wesen der heutigen deutschen Sozialdemokratie) absehen — worauf wir demnächst noch einmal besonders einzugehen gedenken, weil Herrn Naumanns Wahn von vielen geteilt wird — so ist das Lange und Breite des Artikels eine Entschuldigung des Herrn Naumann. Und zwar eine Entschuldigung, die auf den Ton gestimmt ist: wohl sieht das, was ich tat, wie eine Treulosigkeit aus; aber ich tat es gerade aus Treue gegen mein Prinzip; ich bin noch der alte, der ich war, nur meine Taktik habe ich geändert; weil ich sah, daß es auf dem alten Wege nicht ging, habe ich andere Wege versucht, aber genau das, was ich früher erreichen wollte, will ich auch jetzt noch.

Dies ist unseres Erachtens die Quintessenz des Naumannschen Artikels, wiewohl er es nirgends mit eigenen Worten ausdrückt. Vielmehr kleidet er sein Herzensbekenntnis in die Form einer Mahnung an die Liberalen und Sozialdemokraten, daß sie ja „in allen theoretischen Grundlagen sehr verwandt“ (!) seien und deshalb zusammengehen müßten.

Die grundsätzlich liberale und demokratische Idee ist für Herrn Naumann der Schutz der freien Persönlichkeit. Das ist soweit ganz richtig. Nur bleibt Herr Naumann, da er keine Ahnung vom historischen Materialismus hat, der Zusammenhang dieser Idee mit ihren wirtschaftlichen Unterlagen verborgen. Er sieht nicht, daß die deutsche Bourgeoisie vor 60 Jahren den Schutz der freien Persönlichkeit brauchte, um vom absoluten Staat in den konstitutionellen, von der feudalen Gebundenheit in die kapitalistische Ungebundenheit zu kommen, um die Alleinherrschaft der Fürsten, die Vorherrschaft des Adels zu brechen und durch die kapitalistische Großproduktion Reichthümer zu sammeln — den „Nationalreichtum“ zu vermehren —, und daß ihr deshalb der Schutz der freien Persönlichkeit zum Ideal allen Fortschritts wurde. Er sieht also nicht, daß ihr die Hauptsache ihre eigene politische und wirtschaftliche Vorherrschaft war, während der enthuftastisch in den Vordergrund gestellte Schutz der freien Persönlichkeit nur ein Mittel zum Zweck bildete. Demgemäß begreift er auch nicht, daß das Wort „liberal“ eine sehr verschobene Bedeutung hat, je nachdem man damit die Liberalen von heute oder die von 1848 meint. Was beiden in Wirklichkeit gemeinsamer Zweck ist, das ist die politische, soziale, wirtschaftliche Vorherrschaft der Bourgeoisie. Die Großväter von 1848 brauchten dazu den Schutz der freien Persönlichkeit, denn damals sollte die Bourgeoisie die Vorherrschaft erst erringen; die Enkel von 1908 wollen ihr dagegen die schon errungene Vorherrschaft sichern, und dazu würde der Schutz der freien Persönlichkeit der Arbeiter schlecht stimmen, denn auf deren Unterdrückung beruht ja jene Vorherrschaft.

Dieser Zusammenhang, den nur der historische Materialismus enthüllen kann, bleibt Herrn Naumann verborgen. Infolgedessen sieht er nicht, daß es keine schärferen Gegensätze gibt als Liberalismus und Sozialdemokratie. Sondern in seiner Herzensinfaß meint er, beide müßten zusammengehen, weil ja — beide den Schutz der freien Persönlichkeit wollen! — Allerdings gibt er zu, daß beide auch noch etwas anderes wollen oder wenigstens — wie er meint — bis vor kurzem wollten. Die Liberalen nämlich wollten früher einmal — z. B. noch unter Eugen Richters Führung — den rückhaltlosen Individualismus; die Sozialdemokraten wollen die Sozialisierung der Produktion. Aber Herr Naumann behauptet und bemüht sich nachzuweisen, daß beide Ideale heute durch den Gang der historischen Entwicklung gegenstandslos geworden und von den beiden Parteien in der Tat auch schon aufgegeben seien. Bliebe

also nur das gemeinschaftliche Ziel für beide, der Schutz der freien Persönlichkeit.

Naumann behauptet nun mit Recht, von jeher eingesehen und betont zu haben, daß die freie Persönlichkeit heutzutage vornehmlich im modernen Fabrikssystem geknechtet wird, und daß demzufolge der praktische Politiker, der heutzutage die freie Persönlichkeit schützen will, sich vor allen Dingen, wenn nicht ausschließlich um den Schutz der Freiheit des Arbeiters zu kümmern habe. In der Tat war es Naumann, der in diesem Sinne schon längst als die grundsätzlich liberale Aufgabe bezeichnet hat: die Verwandlung der Industriuntertanen in Industriebürger. Darauf beruft er sich heute mit Recht. Das, sagt er, sei stets sein politisches Ideal gewesen und sei es auch heute noch.

Nur nebenbei wollen wir bemerken, daß schon in diesem Anspruch das Utopische seiner Ideen sich zeigt; noch mehr freilich in der naiven Hoffnung, daß zur Verwirklichung dieses Ziels Liberale und Sozialdemokraten zusammengehen könnten. Auf der einen Seite sollen z. B. liberale Fabrikbesitzer mithelfen, die „konstitutionelle Fabrik“ einzuführen, wo die Arbeiter nicht nur bei Festsetzung der Arbeitszeit, der Löhne, bei Annahme und Entlassung von Arbeitern, sondern auch in Sachen der Arbeitsmethode parlamentarisch mitzureden hätten, was z. B. schon den Ankauf neuer Maschinen mit einbegreift und notwendig auch zum Dreinreden in die kaufmännische Leitung führen muß; auf der andern Seite sollen wir Sozialdemokraten zur Einführung der konstitutionellen Fabrik mitarbeiten, obgleich wir überzeugt sind, daß die Ursachen des Arbeiterelends und der Arbeiterknechtschaft dadurch noch nicht einmal oberhin berührt werden.

Doch das sei eine Sache für sich. Jedenfalls — wir wiederholen es — hat Naumann recht, wenn er sagt, sein politisches Ideal sei heute noch dasselbe, das es stets gewesen. Und wenn er es auch nicht ausdrücklich ausspricht, so hat man beim Lesen seines Artikels doch den Eindruck, als wenn mit all dem gesagt werden sollte: welche Taktik ich auch in den letzten Jahren eingeschlagen habe, es geschah alles nur im Dienste und zur Verwirklichung dieses Ideals.

Was war das nun für eine Taktik? Zunächst seine nationalsozialistische Propaganda. Sie entsprach durchaus seinem Prinzip, wir haben nichts daran zu tabeln. Als er aber mit dieser prinzipiellen Taktik sein Ziel nicht erreichte, da versuchte er es seit 1903 mit einer Taktik, die sich an das Prinzip nicht mehr kehrte.

Zuerst — er selbst hat es dieses Jahr auf dem Frankfurter Parteitag erzählt — überlegte er, ob er der Sozialdemokratie beitreten sollte. Er war nicht etwa Sozialdemokrat geworden; im Gegenteil, seine Rechtfertigung läuft ja gerade darauf hinaus, daß er seinem alten Ideal treu geblieben. Er wollte also die Kräfte einer anderen Partei benutzen für seine Zwecke. Doch sagte er sich, daß er damit bei der Sozialdemokratie kein Glück haben werde, und deshalb ging er zur Freisinnigen Vereinigung.

Nun kam die Reichstagsauflösung 1906 und die Blockpolitik. Von Prinzip wegen hätte er niemals eine konservative Regierung unterstützen dürfen, von der er genau wußte, daß sie alles tun würde, um die Umwandlung der Industriuntertanen in Industriebürger zu verhindern, und die überdies auch auf allen andern Gebieten die freie Persönlichkeit unterdrückt. Aber der Freisinn ging zum Block, und da gab es für Naumann nur die taktische Rücksicht: gehe ich nicht mit, so stehe ich wieder allein und kann zur Verwirklichung meines Ideals nichts tun. So half er aus taktischen Gründen mit, die Kräfte zu stärken, die seinem Ideal Todfeinde sind!

Doch es kam immer besser. Der Block sollte das Vereinsgesetz schlucken, das im Sprachenparagrafen eine krasse Unterdrückung der Persönlichkeit verübt. Das Prinzip hätte Herr Naumann verbieten müssen, dabei mitzutun. Aber die taktische Rücksicht schreckte ihn wieder ab, sich zu isolieren. So unterdrückte er die Persönlichkeit, um die freie Persönlichkeit zu schützen!

Und endlich kam der Krach im Freisinn. Barth, Breitscheid und andere sagten sich los, weil der Freisinn gerade im wichtigsten Punkte seines Prinzips, im Schutz der freien Persönlichkeit, verlagte. Von Prinzip wegen hätte Herr Naumann mitgehen müssen. Aber wieder raunte ihm die taktische Rücksicht zu: bei dem kleinen Häuflein findest du nicht politische Kräfte genug, um dein Ideal zu verwirklichen. Und Herr Naumann blieb und half die Reaktion stärken.

Wir glauben es Herrn Naumann gern, daß bei all seinen Kreuz- und Querfahrten seine Absicht immer dieselbe blieb: durch taktische Maßnahmen an der Verwirklichung seines ursprünglichen Ideals zu arbeiten. Er hat die Politik als die „Kunst des Möglichen“ betrachtet und nach dem „praktisch Erreichbaren“ gestrebt. Er wollte durch „positive Mitarbeit“, ungehindert von „dogmatischer

Prinzipientreue“, sein Ziel etappenweise erreichen. Und der einzige „praktische“ Erfolg ist der, daß er den Gegnern seines politischen Ideals immer mehr in die Hände arbeitet.

Wir denken, die politische Lebensgeschichte dieses Mannes sollte für uns Sozialdemokraten gerade im gegenwärtigen Augenblick lehrreich sein.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Über den Stand der Reichsfinanzreform wird berichtet: Die Bundesausschüsse für die Beratung der Reichsfinanzreform haben Sonnabend die erste Sitzung erledigt. Über alle neuen Vorlagen wurde eine Einigung erzielt, nur über die Elektrizitätssteuer noch nicht. Die Entscheidung über diese Steuer wird möglicherweise erst durch Abstimmung im Bundesrat selbst herbeigeführt werden. Voraussichtlich am nächsten Freitag oder Sonnabend wird der Bundesrat über die gesamte Reichsfinanzvorlage Beschluß fassen. Wie verlautet, sollen die Zeitungsverleger bezw. Druckereibesitzer für die Kosten ihrer Mitwirkung bei Erhebung der Inzeraten-, Reklame- und Plakatssteuer vom Reiche entschädigt werden. Es bestätigt sich, daß nur große Inzerate besteuert werden sollen.

Die deutschen Staaten haben also durch ihre Vertreter im Bundesrat den ungeheuerlichen Steuerplänen Sydows in der Hauptsache ihre Zustimmung gegeben — alle Staaten, also auch die süddeutschen!

Die Freiheit der Wissenschaft in Preußen.

Professor Schücking-Marburg ergreift im „Berl. Tageblatt“ das Wort, um die Erfahrungen, die er mit der preußischen Unterrichtsverwaltung gemacht hat, rückhaltlos darzulegen. Im Jahre 1902 hat er in Breslau eine wissenschaftliche Studie veröffentlicht, betitelt: Der Staat und die Agnaten. Weil er in dieser Schrift das Gottesgnadentum nicht unbedingt anerkannte, erhielt er einen Verweis. Ein Ministerialdirektor erklärte ihm, er könne lehren, was er wolle. Seine Lehrfreiheit soll nicht angetastet werden, aber er müsse mit der Möglichkeit rechnen, daß man eines Tages von seiner Lehrtätigkeit keinen Gebrauch mehr mache. Im Jahre 1907, als er Dekan der Universität Marburg war, besuchte er den Universitätsreferenten, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Elster, um ihn auf die kläglichen Zustände der Seminarbibliothek in Marburg aufmerksam zu machen. Der Referent unterbrach ihn mit den Worten: „Was soll das Ganze, was versprechen Sie sich von dieser Unterredung?“ Er wurde einfach auf den Weg der schriftlichen Eingabe verwiesen. Als er sich eines offensichtlich zurückgesetzten jüdischen Rechtskandidaten annahm, für den er schon in einer Eingabe eingetreten war, erhielt er von demselben Beamten die Antwort: „Was geht Sie dieser Rechtskandidat an, mißschen Sie sich nicht in Angelegenheiten, die Sie nichts angehen! Die Sache schwebt noch, und Sie werden dafür noch eine disziplinarische Bestrafung erhalten.“ Am 2. Dezember 1907 sprach sich Professor Schücking in einer Marburger Wahlrechtsversammlung gegen die Polen-Enteignungsvorlage aus. Die Folge war, daß ihn der Kurator der Universität zunächst einmal bat, künftig einen gemäßigteren Ton anzuschlagen. Einige Wochen später wurde er wegen seiner Auslassung in dieser Versammlung auf einen Auftrag von Berlin hin disziplinarisch vernommen. Es folgte dann eine disziplinarische Straferfügung, in der ihm Verletzung des einfachsten Pflicht- und Anstandsgefühles und verheerende Agitation vorgeworfen wurde. Später habe er dann immer das Gefühl gehabt, als ob er im Hörsaal unter amtlicher Kontrolle stehe und das Ende vom Liede war, daß er auch noch aus der juristischen Prüfungskommission ausgeschaltet wurde.

Wenn es in der preußischen Verfassung heißt: „Die Wissenschaft und ihre Lehre ist frei“, so ist das Vorgehen gegen den Professor Schücking jedenfalls der blutigste Hohn auf diesen Verfassungsgrundsatz. Es scheint, als ob die höheren Ministerialbeamten sich als Polizeiorgane den wissenschaftlichen Lehrern gegenüber betrachten, und dieses Bild paßt ja auch ganz trefflich in den Rahmen des Polizeistaates Preußen.

Eine Reichstagsnachwahl

findet demnächst im Wahlkreise Meseritz-Bomst statt. Der konservative Reichstagsabgeordnete v. Gersdorff ist Sonnabend abend infolge Herzlähmung gestorben. G. wurde mit 11388 konservativen gegen 8247 polnische, 1682 Zentrum- und 102 sozialdemokratische Stimmen gewählt.

Man hat noch Zeit.

Die Meldung, daß die Regierung in Sachen-Weimar die Abänderung des Landtagswahlgesetzes beabsichtigt wird demontiert. Man will wohl erst abwarten, welche

Wißgeburst von Wahlrecht im Königreich Sachsen das Licht der Welt erblicken wird.

Die schlotternde Aagst.

Der preussische Staat ist wieder einmal rechtzeitig gerettet worden. Das Verdienst gebührt einer Korrespondenz, die „aus bester Quelle“ — ohne Zweifel dem Spitzelstumpf des Berliner Polizeipräsidenten — erfahren haben will, daß unsere Berliner Genossen am Abend des 20. Oktober, dem Tage des Wiederzusammentritts des preussischen Landtags, große Demonstrationsumzüge planen. Die „Post“ ist bei ihrer guten Verbindung mit der Berliner Spitzelzentrale außerdem in der glücklichen Lage, den ganzen Feldzugsplan der bösen Umstürzler verraten zu können. Danach liegt die Oberleitung der ganzen Aktion in den Händen des Genossen Eugen Ernst, der in raffiniertester Weise die Überwindung der Polizei ausgeklügelt hat. Man höre:

„Man hat mit Absicht nur sechs Versammlungen anberaumt; wie wir festgestellt haben, sind folgende Lokale gemeint: Berliner Vorkrauerer, Friedrichshain, Gewerkschaftshaus, Moabiter Gesellschaftshaus, Germaniasäle und Vorkrämer. Natürlich können diese sechs Versammlungsorte nur einen recht kleinen Teil der organisierten „Genossen“ fassen; das liegt natürlich in der Absicht der Versammlungsleiter; man will eben Massendemonstrationen auf der Straße haben, um so leichter die Demonstrationen durchzuführen zu können. Als Referenten für diese Versammlungen sind in Aussicht genommen die Landtagsabgeordneten Ströbel, Hoffmann, Hirsch, Borgmann, Heimann und Leinert. Wie weiter bekannt wird, sollen am Tage des beabsichtigten Demonstrationsumzugs die „Genossen“ die Bürger in ihren Wohnungen aufsuchen und sie unter Überreichung einer Agitationsnummer des „Vorwärts“ zum Besuch der Versammlungen auffordern. Nach der Verbreitung der Agitationsnummer sollen sich die „Genossen“ in ihren Zahlstellen versammeln und geschloffen und demonstrierend nach den Versammlungsorten marschieren, während die „Obergenossen“ mit Eugen Ernst an der Spitze in irgendeinem Lokal in Deckung sitzen. Die Versammlungsorte sind weit auseinander liegend gewählt, damit der Anmarsch der Genossen sich sehr ausdehnen soll. Der Massenschritt der Arbeiterbataillone soll abends und nachts nach jeder Richtung hin sich bemerkbar machen. In den Vororten findet nur eine Verbreitung der Vorwärts-Agitationsnummer statt; Versammlungen sind, soweit bis jetzt bekannt geworden, nicht anberaumt; die „Genossen“ aus den Vororten werden in Berlin erwartet.“

Dem braven Berliner Spitzler werden ob der verbrecherischen Absichten der Sozialdemokraten die Haare zu Berge stehen. Die „Deutsche Tageszeitung“ fordert denn auch schon, daß die Polizei an dem Tage „Gewehr bei Fuß“ stehen müsse. Leider haben sich die braven Scharfmacherorgane wieder einmal von irgendeinem betriebsamen Achtgrößensjungen einen gehörigen Sären aufbinden lassen. Zur gleichen Zeit, da die brave Spitzelseele sich auf die Hosen hebt, um den scheußlichen Plan der Sozialdemokratie zu verraten, hatte nämlich der „Vorwärts“ bereits die Versammlungen und die 1½ Stunden vor ihrem Beginn erfolgende Ausstragung der „Vorwärts“-nummer angezeigt, die die Einleitung zu einer umfangreichen Zeitungsagitation bildet. Die „Feststellungen“ der „Post“ kommen so um mindestens 12 Stunden zu spät.

Die an galoppierender Absonnenschwindhocht krankende „Post“ kann sich übrigens die Gelegenheit nicht entgehen lassen, ihrer Wut gegen die Sozialdemokratie in einer Aufforderung zur Verübung von Gewalttätigkeiten gegen unsere Genossen Luft zu machen. Sie wünscht, daß den „allzu eifrigen Genossen“ in recht schmerzhafter Form die Tür gewiesen“ wird und sagt dann weiter:

„Werden die roten Agitatoren hier so begrüßt, wie sie es nach ihrem geradezu unverstämigen Gebaren verdienen, dann werden sie nicht so bald wiederkommen. Diese Erfahrung hat man auch bei der Landtagagitation in zahlreichen Kreisen gemacht, vor denen die Genossen tatsächlich eine heilige Scheu haben.“

Die „Post“ wird bekanntlich von den skrupellosen Scharfmachern ausgehakt. In dem Augenblick, wo diese ihre Hand von dem Blatte zurückziehen, ist es mit seiner Herrlichkeit zu Ende und den braven Postskribenten wird der Stuhl vor die Tür gesetzt. Man muß ihnen unter diesen Umständen ihre Tollkühnphantasien schon zugute rechnen.

Osterreich-Ungarn.

Eine Schreckensszene hielt am Donnerstag der böhmische Landtag ab. Aus Anlaß einer Petition kam es zu einem furchtbaren Skandal. Ein Abgeordneter bewachte eine Urne als Trommel. Schließlich kam es zu Kanonenschüssen. Man handelte sich mit Zintenbüchsen, Büchern etc., prügelte sich, zerriß sich die Kleider und zerkratzte sich das Gesicht. Die Folge dieser Vorgänge ist, daß die Regierung den Landtag vertagt hat. — Wir weisen ganz besonders darauf hin, daß es bürgerliche Abgeordnete sind, die in dieser Weise den „Kampf mit geistigen Waffen“ führten.

Balkan.

Eine Verschwörung ist im serbischen Offizierskorps aufgedeckt worden. An derselben sind Offiziere aller Garnisonen und Chargen beteiligt. Sie soll gegen den König gerichtet sein. In einer Proklamation wird aufgefordert, zu den Waffen zu greifen, ehe es zu spät ist. Da wird der schwarze Peter aber zittern!

Eine Balkankonferenz soll demnächst stattfinden, um die Streitfragen zu schlichten. Man hat für diese Konferenz folgendes Programm ausgearbeitet: 1. Anerkennung der Unabhängigkeit Bulgariens, Feststellung der finanziellen Verpflichtungen Bulgariens gegenüber der Türkei, vielleicht auch Regelung der Frage der Orientbahn. 2. Konföderation der Anexion Bosniens und der Herzegowina durch Osterreich-Ungarn; 3. Rückgabe des Sandjakhs Novi-Bazar an die Türkei; 4. Anerkennung des Arschluffes Kreias an Griechenland unter Feststellung der finanziellen Verpflichtungen Griechenlands gegenüber der Türkei und die Erklärung, daß die Bestimmungen des Artikels 23 des Berliner Vertrages für die euro-

päischen Provinzen der Türkei gegenstandslos werden, wenn die Türkei befriedigende Anordnungen getroffen haben wird. 5. Das gleiche soll für Artikel 61 betreffend die von Armeniern bewohnten Gebiete gelten. 6. Die Beschränkungen der Souveränitätsrechte Montenegros wären abzuschaffen. Ein einziger Artikel, der diese Aufhebung verfügt, hätte die Artikel 26 bis 33 des Berliner Vertrages zu ersetzen. 7. Kompensationen für Serbien und Montenegro. 8. Es ist wünschenswert, über die Revision der gegenwärtig geltenden Bestimmungen hinsichtlich der Donau sich zu verständigen, indem den Uferstaaten größere Rechte eingeräumt werden. 9. Die Kapitulationen und die ausländischen Postämter werden von einer Sonderdeklaration betroffen, die folgendes besagt: Da die neue türkische Konstitution die Reorganisation der Justiz und eine Umwandlung der Gesetzgebung der Türkei in einer den Grundsätzen der anderen europäischen Staaten entsprechenden Weise vorsieht, sind die Mächte bereit, mit der ottomanischen Regierung zur Verwirklichung dieser Reform nach Mitteln zu suchen, um an Stelle des alten Regimes der alten Kapitulationen Verträge, analog denen, durch welche die Beziehungen der modernen Mächte geregelt werden, zu setzen. Auch soll die Möglichkeit der Aufhebung der gegenwärtig bestehenden Postämter studiert werden. — Deutschland ist mit diesem Programm nicht einverstanden; es meint, daß die Türkei hierbei benachteiligt ist. Aber auch der Türkei paßt dieses Programm nicht. Es stellt demselben folgende Punkte entgegen: 1) Proklamation Bulgariens zum Königreich, 2) Annerkennung Bosniens und der Herzegowina, 3) Verbindlichkeit der Anteilnahme an der türkischen Staatsschuld und andere finanzielle und politische Verbindlichkeiten, 4) Festsetzung der Integrität der Türkei. Hoffentlich kommt es zur Verständigung.

Der serbische Minister des Äußeren ist nach Berlin abgereist. Die herzegowinischen Emigranten in Montenegro beschloßen, in der Herzegowina einen Aufstand anzuzetteln. Auf ein bischen mehr oder weniger kommt es jetzt auch nicht mehr an!

Über einen friedlichen Ausgleich schweben zwischen Abgeordneten des jugtürkischen Komitees und der bulgarischen Regierung Verhandlungen.

Marokko.

Ein Sieg. Die französischen Truppen, welche zur Verfolgung der Marokkaner entsandt waren, die vor kurzem bei Ain Sefra fünfhundert Kamele geraubt hatten, hielten die Marokkaner bei Oglaberido westlich von Sglt ein. Der Feind wurde zerstört; er ließ 25 Tote zurück. Ein französischer Leutnant und fünf eingeborene Soldaten wurden verwundet, darunter zwei tödlich.

Gegen die Volksausplünderung

durch die neuen Steuerpläne der Regierung protestierte am Sonnabend abend eine stark besuchte Volksversammlung im „Vereinshaus“. Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer-Berlin sprach über das Thema: „Keine Sozialpolitik, aber neue Steuern.“ Der Redner führte ungefähr folgendes aus: „Als wir vor etwa zwei Jahren die Reichstagswahlen erlebten, und als die Wahlagitatorien in das Jahrawasser der patriotischen Hurrabegleitung geleitet wurde, da haben wir Sozialdemokraten gleich gesagt, daß neue Fiskalzüge auf die Taschen des Volkes geplant seien. Und nach Eröffnung der Session haben wir unsere vorhergesagten Prophezeiungen in Erfüllung gesehen. Die Flottenvorlage, die eine weitere dauernde jährliche Mehrbelastung des Staats um mindestens hundert Millionen Mark nötig machte, ist von allen Parteien, einzig die Sozialdemokratie ausgenommen, ohne Widerzucken bewilligt worden. Wir haben damals beim Wahlkampfe die Erfahrung gemacht, daß die schamloseste Wahlbeeinflussung gegen uns geübt wurde. Durch den sogenannten Silberbrief, den Fürst Bülow an den famosen Reichsverband gerichtet hatte, wurden unsere Wahrnehmungen noch verstärkt. Es ist damals gesagt worden, daß das nächste Mal die Sozialdemokratie noch etwas ganz anderes erleben würde. Die gesamten bürgerlichen Parteien sollen sich aber nicht wundern, wenn das nächste Mal sie etwas ganz anderes erleben werden. Bis auf das Lüpsechen über dem „i“ ist alles eingetroffen, was wir damals vorhergesagt hatten. Nämlich, daß die herrschenden Klassen die Gelegenheit benützen würden, um neue reaktionäre Maßnahmen zu treffen, neue Raubzüge auf die Taschen des ohnehin schon ausgepörrten Volkes zu unternehmen zugunsten der unersättlichen Junker und ihrer Sippe. Und nun stehen wir vor der Frage: Ist die ganze Geschichte der „Finanzreform“ eine Ruh, daß damit so gehandelt wird? Der Reichssekretär Eydm hat gesagt: wir brauchen 400 Millionen Mark neuer Steuern, wenn die Finanzlage des Reiches auf eine gesunde Basis gestellt werden soll. Und wenn wir nun die ganzen politischen Vorgänge übersehen, so muß man sie als eine Maulschellenpolitik für den Liberalismus betrachten. Redner erinnert an die vielen Fußritte, die der Liberalismus, ganz besonders der jogen. Freisinn, vom Fürsten Bülow schon erhalten habe. Die Maßregelungen und Schikanen seiner Parteigängern, der Fall Schüring, brauchen nur erwähnt zu werden, um die ganze Ohnmacht und Lächerlichkeit dieser Partei zu kennzeichnen. Der deutsche Liberalismus aber sagt: Fürst Bülow ist ein ganz guter, lieber Kerl, ein anderer Reichstagsler würde noch viel reaktionärer sein. Was hat die jetzige Session dem Liberalismus für Erfolge gebracht? Das Börjensege, angeblich eine liberale Errungenschaft, ist nichts weiter als eine Abschlagszahlung an die Vorjenteinteressen, der Dank, die Duntung für die beim letzten Wahlkampfe gezohlenen hohen Wahlgelder. Ursprünglich sollte das Gegeh sich gegen die Junker wenden, aber diese haben es verstanden, den Liberalismus breitzuschlagen und alle reaktionären Bestimmungen sind drinnen geblieben. Das ist alles andere, nur kein Entgegenkommen an die Liberalen. Das Vereinsgege, über welches man im allgemeinen denken mag wie man will, wäre ohne Mithilfe der Liberalen nicht so verhungert und rückständig gemacht worden. Daß das politische Leben der Frau in neue Bahnen gelenkt wurde ist auch kein Verdienst der Liberalen, sondern eine Notwendigkeit der fortschreitenden Zeit. Alle übrigen Erglehterungen, das nunmehr überflüssige Einreichen der Mitgliederlisten politischer Vereine usw. sind solche für die Polizei, die jowiejo den früheren unheilbaren Zustand nicht mehr aufrecht erhalten konnte. Das eine steht aber ungewisselhaft fest, das Vereinsgege soll geeignet sein, die sozialdemokratische Jugend von den sozialistischen Lehren fernzubalhen. Ein ganz tödliches Beginnen. Der junge Mann, der in den Versitäten usw. mit seinen älteren Klaffengenossen zusammenarbeitet, weiß selbst, was er zu tun hat, wohin er gehört. Der § 7, der Bolschepartagrap nicht richterlich gegen die Polen an sich,

sondern gegen die polnischen Arbeiter. Er ist geschaffen worden, um den polnischen Industriearbeitern, besonders im Machtgebiet der rheinisch-westfälischen Kohlen- und Eisenerzeugung, die gewerkschaftliche Arbeit unmöglich zu machen. Redner unterzieht die einzigartige Idee des Fürsten Bülow, die sog. konservativ-liberale Paarung, einer herben Kritik. Sie bedeutet nichts anderes als ein gegenseitiges Aufstreifen. Das hat bereits mit aller Deutlichkeit begonnen. Als im Reichstage bei den letzten Beratungen die Nationalliberalen von ihren Grundversätzen sprachen, da lächelte man nur, als aber die Freisinnigen dieselben Redereien herplapperten, da erhob sich ein ironischer Beifallssturm auf allen Seiten des Hauses, und es wurde gelacht wie wohl nie zuvor. In einer solchen Situation befindet sich jetzt wieder der Freisinn. Bülow hat geglaubt, in Norddeutschem Feigen die Geschichte einzuleiten. Da hat der Staatssekretär Eydm doch ein ganz anders, schöneres Mittelchen in der Hand, um den Parteien die Sache schmächer zu machen. Wenn der Liberalismus ihm die Steuern nicht bewilligt, so tut es ganz sicher das Zentrum und die Konservativen. Der Abgeordnete Müller-Zulda hat kürzlich gesagt, daß die Geschichte dem Zentrum erst seit. In einer ähnlichen Situation befindet sich bekanntlich Bismarck im Jahre 1878, als er den Liberalen sagte, er würde, wenn sie zu müssen beabsichtigten sollten, sie an die Wand drücken, daß sie quieschten. So ist es auch heute. Alle bürgerlichen Parteien sind der Ansicht, daß jetzt in den Finanzen des Reiches Ordnung geschaffen werden müßte. Noch im vorigen Jahre erklärten die Nationalliberalen, daß neue Steuern im Reiche gar nicht notwendig seien und heute sagen dieselben Männer, daß die Existenz des Reiches bedroht sei, wenn nicht neue Mittel gefunden würden. In anderen, wirklich parlamentarisch regierten Ländern, ist ein derartiges Vorgehen, wie es die Regierung beliebt, schlechterdings unmöglich. In anderen Ländern werden die Führer der maßgebenden Parteien um ihren Rat, ihre Mithilfe ersucht. Bei uns in Deutschland aber werden die Parteiführer zusammenberufen einzig und allein zu dem Zweck, um für die Pläne der Regierung mißliche gemacht zu werden, sie werden gewissermaßen gezwungen, regierungsseitig torkumpiert. Diese Torkumpierung betrachten die Liberalen als einen Fortschritt. Schon die Zollvorlage ist ein Geschenk an die Junker. Während die Regierung aus den neuen Zöllen jährlich etwa 300 Millionen Mark zieht, erhalten die Junker 1500 Millionen Mark extra zugesteckt. Und nun die neuen Steuerpläne, welche neuen Steuern haben wir zu erwarten und wer bezahlt dieselben? Der Sozialdemokratie wird nachgesagt, sie betreibe bei dieser Finanzreform Pfennigfucherei. Dieser Einwand ist lächerlich. In den letzten 30 Jahren ist der Nationalreichtum um 3000 Millionen Mark gestiegen. Die Schulden des Deutschen Reiches aber sind auf über vier Milliarden angewachsen. In Wirklichkeit hat sich das sog. Nationalvermögen aber noch bedeutend stärker vermehrt. Auf Grund der Ziffern der statistischen Jahrbücher hat sich das Vermögen der reichen Leute um 18 000 Millionen Mark vermehrt. Warum bezahlen nicht die Besitzer des Nationalreichtums die neuen Steuern, warum werden diese auf die arme Bevölkerung abgewälzt? Als seinerzeit im preussischen Herrenhaufe davon die Rede war, die Vermögen über 40 000 Mark extra mit 4 Prozent zu versteuern, da sind die geborenen Herren Gesetzegeber bleich geworden vor Schreck. Wenn dieser Vorschlag Gesetz werden sollte, erklärten die preussischen Junker und Junkerengenossen, dann müßte ihr monarchisches Bewußtsein einer Revision unterzogen werden. Der Patriotismus würde also sofort zum Teufel gehen, wenn es ans Zahlen gehen soll. Dasselbe erklärten die westfälischen Kohlenbarone. Die neuen Steuern sollen also nicht von denen getragen werden, die die mühselos erworbenen Millionen in die unergündlichen Taschen zu stecken imstande sind, sondern von denen, die infolge der Krise ohnehin schon erheblich geschwächt sind. Der Staatssekretär Eydm hat seine Steuerpläne in Artikeln der „Neuen Deutschen Rundschau“ veröffentlicht. Die einzelnen Steuervorschläge läßt Genosse Fischer Revue passieren. So baut Eydm dort den einfach pyramidalen Satz auf: Weil andere Länder diese und ähnliche Steuern hätten, könnten auch wir den Tabak, den Branntwein, das Bier, überhaupt alle Genußmittel stärker als bisher zur Steuer heranziehen. Das ist blühender Unsinn, den der Staatssekretär dort verzapft. Er rechnet das Bier usw. einfach zu den Genußmitteln; der Arbeiter brauche einfach kein Bier zu trinken, Zigarren zu rauchen, und die durch den Genuß auf sich genomene freiwillige Steuer sei hinfällig. Wenn dieser Grundgedanke wahr sein sollte, dann könnte man ja ganz einfach auch die Seife als Luxusartikel erklären und mit Steuern belegen. Der arme Mann spart die Steuer, indem er das Waschen mit Seife unterläßt. Die Besteuerung des Bieres und des Branntweins bedeutet eine schwere Schädigung des arbeitenden Volkes, denn wie viele Arbeiter haben wir nicht, die bei ihrer schweren Arbeit auf See, in den Bergwerken und die in elenden Löchern hausen und dem Kapitalismus fronden müssen, ein Glas Bier, einen Schnaps zur Stärkung der müden Glieder bedürfen. Die Ansicht des Staatssekretärs ist geradezu banal. Ebenso die Steuer auf elektrische Kraft, Licht, Inzerate usw. Eine jede Steuer ist imstande, eine blühende Industrie zu schädigen. Das haben wir z. B. bei der Tabakindustrie erlebt. Die großartig entwickelte Bremer Tabakindustrie, sowohl die Groß- als auch die Kleinbetriebe, sie flüchtete sich in die abseitsliche Hausindustrie. Tausende von Arbeitern wurden brotlos gemacht, ihre Existenz vernichtet, dem Hunger preisgegeben. Noch leiden die Tabakarbeiter an diesen Schlägen und schon droht ihnen ein neues Unheil in Gestalt der Zigarrensteuer. Dieses Beginnen geht selbst dem ehemaligen Staatssekretär v. Posadowsky zu weit und er sagte: Wie kann eine vernünftige Regierung nur die Elektrizität, das Gas, das Petroleum und die Kohle besteuern; die Produkte, die unentbehrlich für unsere gesamte kulturelle Fortentwicklung sind. Da predigt man auf der einen Seite, immer von der Rettung des Kleinhandwerks durch Schaffung und Verbilligung der Betriebsmittel, und auf der anderen Seite arbeitet man mit Hochdruck an der Vernichtung der kleinen Existenzen. Die Steuer auf Elektrizität läuft darauf hinaus, den ganzen kulturellen Fortschritt zu unterbinden; das gleiche ist es mit den anderen Steuern. Man braucht sich nur die Haltung des Zentrums zu vergegenwärtigen, das mit den Konservativen sich ausdrücklich gegen direkte Steuern erklärt hat. Und die Nationalliberalen und Freisinnigen wollen höchstens durch einige Schönheitspflesterchen in Form direkter Steuern das abgredene Bild der indirekten Steuererschöpfung des arbeitenden Volkes etwas mildern. Nur um dem Volke Sand in die Augen zu streuen, werden zum Schein auch einige direkte Steuern genannt. Es kann heute schon darauf gemettet werden, daß die Liberalen auch indirekte Steuern bewilligen werden. In einer kieler Versammlung hat der Reichstagsabgeordnete Koppich zugegeben, daß der Freisinn auch für indirekte Steuern zu haben ist. Durch unsere jetzige Zollgesetzgebung ist die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung dermaßen belastet worden, wie die Sozialdemokraten es vorausgelagt haben. Wenn man die Berichte der Gewerbeinspektoren des letzten Jahres durchsieht, so findet man darin die allbekannte Tatsache verzeichnet, daß dort, wo die Lebenslage der Arbeiter durch die feten wirtschaftlichen Kämpfe der Gewerkschaften sich etwas gehoben hat, diese Verbesserung durch die Zollgesetzgebung wieder aufgefrisren wurde. Das ist keine

vereinzelt feststellen, sondern in allen Verichten zu finden. Jetzt im Augenblicke einer gewaltigen wirtschaftlichen Krise, wo Hunderttausende arbeitslos sind, wagt eine Regierung es, Millionen und aber Millionen neuer Steuern dem Volke abzuverlangen. Frühe Zeiten der Arbeitslosigkeit und Entbehrungen stehen den Arbeitern noch bevor, zusammenfallend mit der großen Teuerung. Die Zollserhebungen auf viele der wichtigsten Lebensmittel, die Grenzsperrungen gegen die Einfuhr von Vieh, die künstlichen Preiserebungen der Kartelle und Syndikate haben ihre schon gekennzeichnete Wirkung getan. Das Geld, das ohnehin jeder wirtschaftliche Rückschlag mit seiner Folge, der Arbeitslosigkeit, dem größten Teil der Arbeiterschaft bringt, wird also noch bedeutend vergrößert. Und doch würde die Arbeiterklasse, wenn sie sich ihrer Lage und ihres Interessengegenstandes voll bemußt würde und dementsprechend ihre politischen Maßnahmen ergreife, sich dieses Abseits erwehren können. — Was ist nun in den letzten Sessionen des Reichstages auf dem Gebiete der Sozialreform geschehen? Gar nichts. Die Regierung hat keinen Finger gerührt. Die Schuld fällt aber auf die verschiedenen bürgerlichen Parteien zurück, die die Regierung in ihrem Tun unterstützt haben. Die Regierung hat deshalb für die Sozialreform nichts getan, weil sie genau gewußt hat, daß die maßgebenden Parteien auch nichts tun wollten. Betrachten wir die Parteien des Reichstages: Von den Konservativen, als den geschworenen Feinden jeder Sozialreform, braucht man gar nicht erst zu reden. Höchstens beschäftigen sie sich damit, um bei Beratung beratiger Gesetzesvorlagen ihre Interessen nicht gefährdet zu sehen. Die Stellung des Freisinn als Wandelpartei zur Sozialreform ist ja allgemein bekannt. Die Koalitionsfreiheit, die Grundlage der gewerkschaftlichen Arbeit, wird gerade vom Freisinn gar oft mit Füßen getreten, die arbeiterschädigende, von Augsburg ausgehende gelbe Bewegung hat ihre Förderer beim Freisinn. Wie dieser als Hüter der Koalitionsfreiheit zu verstehen ist, zeigt am deutlichsten das Abkommen zwischen der Deutschen Bank, der Dresdener Bank und der Diskontogesellschaft. Nach diesem Abkommen dürfen die Beamten dieser Banken bei keiner anderen Bank in Stellung treten, sie sind also gezwungen, bis an ihr Lebensende auszuhalten. Die Nationalliberalen. Aus welchen Schichten setzt sich diese Molluskenpartei zusammen? Aus dem Großkapital, den rheinisch-westfälischen Schlotbaronen. Wer hat denn dem Fürsten Bülow das Geld für die letzte Wahl gegeben? Es ist doch bekannt, daß die Industriellen, die geschworenen Gegner der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung, pro Kopf der beschäftigten Arbeiter eine Mark zur Wahl dem Fürsten Bülow in die Hand gedrückt haben. Diese ungeheuren Summen sind doch nicht etwa hergegeben worden, um damit Sozialpolitik zu betreiben. Sie sind gegeben worden, um eine Mehrheit im Reichstage zu schaffen, die das angeblich zu schnelle Fortschreiten der Sozialpolitik nicht nur zu verhindern weiß, sondern noch weit schlimmere Verschlechterungen auf dem Gebiete der Arbeitsversicherung durchdrückt zum Schaden des weitaus größten Teiles des Volkes. Bülow hat den Mann, der den Hut hatte, gegen die Scharfmacher aufzutreten, nicht nur nicht unterstützt, sondern ihn kalt gestellt, ihn gehen lassen, weil er es gewagt hatte Sozialpolitik zu machen. Wir haben gar keine Ursache, in Lobeshymnen auf den Grafen v. Potadowsky einzustimmen, auf ihn, den Vertreter der Zuchtavantur. In den letzten Jahren hat Deutschland einen gewaltigen industriellen Aufschwung genommen, ist mit riesenhaften Sprünge aus dem Agrarstaat in den Industrie-Staat gesprungen. In der Weltmarktproduktion steht Deutschland an dritter Stelle, es wird nur übertroffen von England und Amerika. Als Kartellstaat steht es an zweiter Stelle mit 1335 Kartellen und Syndikaten. Diese Tatsache beweist, auf welcher hohen wirtschaftlichen Stufe wir stehen, aber auch was für einen gewaltigen Einfluß die kartellierte Großindustrie auszuüben imstande ist. Die Kartelle sagen sich: wenn wir dem Fürsten Bülow Wahlgelder zahlen, dann haben wir auch das Recht, dafür etwas zu fordern, dann kann uns Bülow nicht die Tür weisen. Durch den wirtschaftlichen Zusammenschluß der Großindustriellen wird auch ihr politischer Einfluß ganz gewaltig gesteigert. Der Zusammenschluß wird immer intensiver betrieben. Im letzten halben Jahre sind allein 43 Großbanken fusioniert worden, 12 haben ihre Betriebskapitalien enorm vermehrt; und im letzten Vierteljahr taten dasselbe 18 und vier Bankinstitute, sodaß die kleinen Bankiers bald ausgeschaltet sein werden. — Welchen Gang hat die so viel gerühmte deutsche Sozialpolitik genommen, seit der gegenwärtige Kanzler an der Regierung ist? 12 000 Mark hat Potadowsky sich von den Industriellen geben lassen, um die Zuchtavantur zu schaffen. Potadowsky ist aber nur ein kleiner Betrüger im Wart gegenüber den Hunderttausenden von Mark, die die Großbanken springen lassen. Der Übermut der Industriellen ist so groß, daß sie sagen: die Minister sind unsere Ressortchefs. Gernest sei hier nur an die Krankenkassennotelle, an den Gesekentwurf über die Arbeitskammern. Auf dem letzten Kongreß der christlichen Gewerkschaften erschienen bekanntlich der Staatssekretär von Berthmann-Hollweg und predigte den Arbeitern Nützlichkeit und verwies sie dabei auf den Herrgott. In der Versammlung der Großindustriellen aber verwies der Staatssekretär die Herren nicht auf den Herrgott, sondern verscherte sie des uneingeschränkten Wohlwollens der Regierung. Das ist der Unterschied. Bei der Krankenversicherung, da schwachen die Gegner immerwährend von dem Mißbrauch der Kassen durch die Sozialdemokratie. Sie planen deshalb, die Krankenkassen den Militäranwärtern zu öffnen. Es wäre auch zu schön, wenn den Offizieren, die an der Majorseele geschickert sind, ein guter Posten in den sogenannten unparteiischen Aufsichtskommissionen geschaffen würde. Die Selbstverwaltung der gegenseitig wirkenden Kassen zu beschneiden, ist das Bestreben der Scharfmacher aller Schattierungen einschließlich des Freisinn. Sie wollen lieber die Hälfte der Beiträge auf sich nehmen, als jetzt das gesetzlich vorgeschriebene Drittel, um ihren Einfluß stärker zur Geltung bringen zu können. Wenn dieser Anschlag auf die Krankenkassen gelingen sollte, dann ist es tollfaher, das die Leistungen besonders auf dem Gebiete der gegenseitig wirkenden Familienunterstützung, die immer mehr propagiert wird, ganz erheblich beschränkt würden. Ein wertvolles Instrument würde den Arbeitern entzogen. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist daselbe zu beobachten. So sind im letzten Jahre 42 000 Anmeldungen von Unfällen weniger erfolgt und zum ersten Male seit Bestehen des Versicherungs-gesetzes ist der Reichszuschuß auf derselben Höhe stehen geblieben, anstatt zu wachsen, wie dies bisher der Fall war. Und zu alledem gehen die Gegner jetzt daran, die sogenannten kleinen Renten bis zu 25 Prozent ganz aufzuheben. Das heißt soviel, als den Wert der deutschen Unfallversicherung ganz in Frage zu stellen, denn 40 Prozent aller bewilligten Renten sind solche bis zu 25 Prozent. Die Witwen- und Waisenversicherung, die sämtliche Parteien mehr oder weniger zu Gegnern hat, ist eine der nächst zu erfüllenden Aufgaben. Eine rege Agitation muß in der kommenden Zeit entfalteter werden für die Verkürzung der Arbeitszeit, den Achtstundentag. In der Eisen- und Kohlenindustrie ist derselbe nötiger als irgend etwas, er ist eine Lebensfrage für diese Industrie. Der offenste Schwindel ist es, wenn gesagt wird, daß die Schwerindustrie die sozialpolitischen Ge-

lege nicht mehr ertragen könne. Die Regierung der Blokkparteien kann aber keine andere Politik treiben, als sich als Sachwalter der herrschenden Parteien zu benennen. Da Hunderttausende von Proletariern noch nicht zu der Einsicht gekommen sind, zu der sie eigentlich kraft ihrer Klassenlage kommen müßten, deshalb hat das deutsche Proletariat noch nicht den Einfluß erreicht, als der Zahl nach ihm gebührt. Der vereinte Kampf gegen die vereinten Gegner ist selbstverständlich. Die notwendigste Arbeit in der jetzigen Zeit der niederdrückenden Krise ist eine intensive Agitation, damit ein jeder über die volkreindlichen Pläne der Herrschenden aufgeklärt werde. Die Augen müssen den Fernstehenden, Indifferenten geöffnet werden. Geschenkt wird der Arbeiterklasse kein wirkliches Recht, daß muß sie sich erobern. Die Aufgabe der Sozialdemokratie ist es, die Arbeiter mit dem Geiste zu erfüllen, der sie treibt, dafür zu kämpfen, daß sie über ihre Geschichte selbst bestimmen. — In der letzten Zeit ist sehr viel geredet worden vom Sparen. Aber just zur selben Stunde geht eine Nachricht durch die Presse, daß Wilhelm II. ein neues Luxusgeschiff für seine Seefahrten auf Kosten der Steuerzahler wünsche. Die „Hohenzollern“ ist angeblich nicht mehr gut genug, obwohl sie im Falle eines Krieges als Hilfskreuzer Verwendung finden sollte. Wir sind nun der Meinung, wenn Wilhelm II. sich ein neues Luxusgeschiff anschaffen will, dann mag er es auf seine eigenen Kosten, für sein Geld, wie es jeder Privatmann tun muß. Die alte preussische Sparsamkeit soll gelöst werden in dem Augenblicke, wo die Errichtung neuer Geländtschaften geplant ist, nette Ruheposten, in Oldenburg, Darmstadt usw. Wirklich gespart werden kann nur auf dem Gebiete der Kasse, des Militarismus und der Kolonien. Die Ausgaben für den Militarismus haben sich in den letzten Jahren nahezu verdoppelt. Im Jahre 1898 betragen die Ausgaben für das Reichsheer, die Marine, die Kolonien, den Reichsinvalidentfonds, den Allgemeinen Pensionsfonds und die Verzinsung der Reichsschuld insgesamt rund 900 Millionen Mark. In diesem Jahre sind dieselben Ausgaben auf etwa 1500 Millionen Mark angewachsen. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen: Reichsheer 842 Mill. Mark, Marine 289 Mill. Mark, Kolonien 72 Mill. Mark, Pensionsfonds 107 Mill. Mark, Invalidenfonds 37 Mill. Mark, Reichsschuldverzinsung 155 Mill. Mark. Reichsbankrott oder Volksausplünderung — etwas anderes kann es ja bei dem kolossalen Wachstum der Ausgaben für den Militarismus und Marinismus gar nicht geben. Die geplanten Gehaltsaufbesserungen für die Beamten erfordern in Preußen 142 Mill. Mark, im Reich 19 Mill. Mark und den anderen Bundesstaaten etwa 100 Mill. Mark, zusammen etwa 339 Mill. Mark. Redner spezialisiert eingehend die Einnahmen aus den geplanten neuen Steuern, und die nötigsten Ausgaben, und kommt zu dem Schluß, daß ein jeder Kaufmann, der so wirtschaften würde wie hier die Regierung, als Bankrotteur gelten und bestraft würde. — Alle diese Punkte sind es, die man jedem einzelnen erzählen muß. Immer und immer wieder muß der Ruf erklingen nach gewerkschaftlicher Organisation. Aber auch die politische Organisation muß nach Kräften geübt und ausgebaut werden, denn ohne die politische Organisation ist nichts zu erreichen, ist das Proletariat einflusslos. Die Aufgabe aller Politik ist es, den Arbeitern die Larmtappe von den Köpfen zu nehmen, die sie verhängt, zu sehen, wie es in den Kreisen der Scharfmacher zugeht. Und ebenso muß man ihnen zeigen, wie ihre wichtigsten Lebensinteressen abhängig sind von den politischen Unternehmungen. Die bürgerlichen Parteien sind nicht dafür zu haben, den Arbeitern Rechte zu gewähren, von ihnen ist nichts zu erhoffen, denn auch unsere Feinde sind gut organisiert. Wir wollen die politische Macht erobern, auf daß Gesetze gemacht werden zum Besten der Arbeiterklasse. Heute haben die bürgerlichen Parteien vollständig das Szepter in Händen und brutal üben sie dieses Recht aus. Wenn die Arbeiterklasse will, dann ist sie stark genug, sich die politische Macht zu erobern. Wenn sie voll und ganz ihre Pflicht tut, dann ist die sozialdemokratische Partei imstande, wenigstens das Schlimmste, etwa eine neue Zuchtavantur usw. abzuwenden. Wenn wir so die Arbeiterklasse gewonnen haben, dann erübrigt sich die Agitation gegen den Militarismus wohl beinahe, dann bewahrheitet sich das Wort, daß man sich auf die Bajonette nicht setzen kann, die von Arbeitern getragen werden. Und darum muß die kommende Zeit ausgenutzt werden. Auf zur Agitation für die sozialdemokratische Partei! Langanhaltender stürmischer Beifall lohnte den Redner für seine vorzüglichen instruktiven Ausführungen. In der nunmehr eröffneten freien Diskussion meldete sich auf die Aufforderung des Vorsitzenden von den Gegnern niemand zum Wort. Genosse Stellung ergriff hierauf das Wort und führte, anschließend an das vorzügliche Referat des Genossen Fischer, aus, daß man nicht nur im Reiche, sondern auch in unserer Vaterstadt Lübeck nach neuen Steuern sinne. Die geplante Gewerbe- und Warenhaussteuer sei ein wirkliches Ausnahme-gesetz gegen die breite Masse der Bevölkerung, eine Erdröfelung des Konsumvereins. Auch macht man den Versuch, die Lebensverhältnisse des ärmeren Volkes zu verteuern, so auch durch die geplante Aufhebung der Freischulen. Anstatt mit einer direkten Einkommen- und Vermögenssteuer, kommt man mit dem Entwurf eines neuen staffelweisen Einkommensteuergesetzes. Redner richtet an die Versammlung den dringenden Appell, gegen diesen neuen Raubzug auf die Taschen des armen Volkes mit Energie zu protestieren. Auch mit einer intensiven Agitation für die im nächsten Jahre stattfindenden Bürgerchaftswahlen müsse schon heute begonnen werden. Die Gegner sind rüftig bei der Kleinarbeit, wie man aus den Bürgerchaften erfahren könne, die fast ausschließlich Namen aus dem Bürgertum und der Beamtenschaft aufweisen. Als Protest gegen die neue Volksausplünderung müsse eine lebhaftige Agitation entfaltet werden für die Erwerbung des Bürgerrechts. Weiter sei dringend notwendig die Stärkung der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen. Des weiteren solle es Ehrensache eines jeden auf Keinlichkeit haltenden Arbeiters sein, die sogenannte unparteiische Presse, die im Dienste des Reichsverbandes steht, und die bei jeder Gelegenheit die Arbeiterklasse verleumdet, aus dem Hause zu werfen, diese Blätter müssen aus den Häusern der Arbeiter verschwinden. Organisieren und agitieren wir, daß auch der letzte Mann der Sozialdemokratie zugeführt wird. Die Parole lautet: „Auf Sozialisten schließt die Reihen!“ Nach einem kräftigen Schlusßwort des Genossen Löwig erfolgte mit einem braufenden Hoch auf die deutsche Sozialdemokratie Schluß der imposanten Versammlung.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Montag, den 19. Oktober.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Akkordanten (Zwischenmeister) Mädel, Fadenburger Allee Nr. 51, Jabs, Werderstraße Nr. 28 die Sperre verhängt. In Betracht kommen folgende Bauten der Firma Görner u. Heidenreich: Hänfshausen Nr. 21—23, Grüngölbe in der Hafenstraße, Siebbau Markt, Raltenshof bei Schwartau.

Achtung Bauarbeiter! über die Siebbauarbeiten in der Marktstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtbeachtung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt. Ferner ist die Sperre über die Arbeiten der Akkordanten F. Mädel und J. Jabs im Hänfshausen und über den Bau Hafensstraße (Grümgölbe) wegen Entlassung sämtlicher Bauarbeiter verhängt.

Der Vereidigung des gesamten Offizier- und Unteroffizierstandes soll sich Genosse Stellung als Redakteur unseres Blattes dadurch schuldig gemacht haben, daß er aus Anlaß der bekannten Soldatenmißhandlungs-Prozesse in Berlin einen Artikel veröffentlichte, der unter der Überschrift: „Schinderknechte“ das ganze System des Militarismus geißelte. Heute vormittag fand die Vernehmung vor Herrn Oberamtsrichter Dr. Junk statt.

Seeschiffahrt. Im September sind nach dem Amtsblatt im Lübecker Hafen seitwärts 193 Dampfer und 78 Segler, zusammen 271 Seeschiffe, angekommen: davon überbrachten 6 Dampfer mit einem Gesamt-Nettoauftrieb von 15223 cbm Kohlenladung von England, 55 Dampfer waren ganz oder zum größten Teil und 50 Segler voll mit Brettern, Sperrholz, Papierholz und Speisewaldholz beladen. 4 Segler brachten Kopfsteine, 4 Segler Granitblöcke und Borbsteine, 3 Segler Klinker, je 1 Segler Flint- und Feuersteine, 2 Segler Feldspat, 2 Segler Erbsen und 1 Segler Stücken. An frischen Kronsbieren wurden 76 684 Kisten und an grünen Heringen 1172 Kisten im Laufe des Monats von Schweden eingeführt. In lebendem Vieh wurden von 19 Dampfern insgesamt 713 Tiere eingeführt, darunter 28 Pferde und an Schlachtvieh 614 Rinder und 71 Schafe. Der Rest der seewärts eingegangenen Ladung bestand in der Hauptfrage aus Getreide, Getreide, Eisen, Schlacken, Kiesabbrände usw.

Ein Zusammenstoß. Das Automobil H. L. 63 überfuhr heute mittag kurz nach 12 Uhr in der Großen Burgstraße eine Radfahrerin, deren Rad arg zurechtend. Die Radlerin selbst erlitt außer einigen Abschürfungen anscheinend keine schlimmeren Verletzungen. Betrüben Anblickes nahm die Maid ihr Rad unter den Arm und zog von dannen.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat September 11 Personen; 2 Personen beriefen sich auf einen vor aus-wärtigen Gerichten geleisteten Offenbarungseid.

Der Ballon „Hamburg“ stieg hier gestern morgen in Gegenwart einer gewaltigen Menschenmenge auf. Nach etwa dreißigminütiger Fahrt erfolgte die Landung bei Meldorf in Holstein in der Nähe der Nordsee.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 17. Oktober, morg. 6 Uhr: Wasser 12, Luft 9; 10 Uhr: Wasser 12, Luft 10; mittags 12 Uhr: Wasser 12, Luft 12; abends 6 Uhr: Wasser 12, Luft 9 Grad Celsius. Am Sonntag, den 18. Oktbr., morgens 6 Uhr: Wasser 11, Luft 7; 10 Uhr: Wasser 11, Luft 10; mittags 12 Uhr: Wasser 11, Luft 11 Grad Celsius.

pb. Betrug. In Travemünde wurde ein Arbeiter festgenommen, der sich des Betruges schuldig gemacht hat.

pb. Diebstahl. In verfloßener Nacht wurde in einem hiesigen Tanzlokal ein Klempnergefesse festgenommen, der sich des Diebstahls eines Valetotrs schuldig gemacht hatte.

pb. Als Leiche gefunden. Der als vermißt angemeldete Zimmerparker Dürrkop wurde am Sonnabend abend als Leiche aus dem Kanal gezogen.

pb. Ein schlechter Logiscollege. Gegen einen stellungs-lojen Keller, der flüchtig ist, wurde seitens eines Kollegen mit dem er ein Zimmer bewohnte, eine Anzeige wegen Diebstahls erstattet. Er ist dringend verdächtig seinem Kollegen ein Portemonnaie mit 80 Mk. in Gold, einem schwedischen 10 Kronenschein und einem Fünfmarsstück, sowie eine silberne Zylinderuhr mit Sprungdeckel gestohlen zu haben.

pb. Brotbeutelmarder. Festgenommen wurde in Schlutup eine polnische Arbeiterin, die sich in vielen Fällen des Brotbeuteldiebstahls schuldig gemacht hat. Bei derselben wurden noch 14 zum Teil mit Semmeln gefüllte Brotbeutel gefunden.

pb. Diebstahl. Ein Schreiber brachte zur Anzeige, daß ihm von seinem Fahrtdie eine fast neue Petroleumlaterne gestohlen worden sei.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Heute Montag gelangt Albert Lorchings beliebte komische Oper „Zar und Zimmermann“ zur nochmaligen Aufführung. Am Dienstag geht die Operette „Der Vogel-händler“ von Carl Zeller in neuer Einfassudierung in Szene. Die Hauptpartien sind wie folgt besetzt: Kurfürstin — Frau von Schenk; Briefschreier — Frä. Kleinwin; Baronin Abelaide — Frä. von Neudorff; Adam — Herr Paas; Baronin Weps — Fr. von Schenk; Graf Stanislaus — Dr. Hofmüller; Süßle — Dr. Scholz; Würmchen — Fr. Megnardt. Die Inszenierung des Werkes liegt in Händen des Hrn. Oberregisseurs Fuchß; die musikalische Leitung hat Dr. Kapellmeister Willden. Für Mittwoch ist eine nochmalige Aufführung der erfolgreichen Schauspiel-Parodie „Die Rabensteinlerin“ von Ernst v. Wildenbruch an-gesetzt.

Neustrelitz. Von der freien Beweiswürdigung durch die Richter. Zu drei Monaten Gefängnis wurde der Fleischer Anton Bäumer verurteilt, weil er, wie das Landgericht Neustrelitz behauptet festgestellt zu haben, 4 Mk. gestohlen hat. Er war am 28. November 1907 in einer Gastwirtschaft in einem mecklenburger Orte. Zugleich versammelte sich dort eine Steuerveranlagungs-kommission. Zwei Herren davon machten ein Geldgeschäft glatt, bei dem der eine 475 Mk. zurückerhält. Er räumt angeblich nur die 75 Pf. und läßt die 4 Mk. liegen. Die Kommission geht nun ins Nebenzimmer zur Tagung und als nach einer Weile der Herr sich seiner 4 Mk. erinnert und sie holen will, sind sie verschwunden. Nun sagt das Gericht: Das muß der Bäumer gewesen sein, denn er hatte die beste Gelegenheit, das Geld zu nehmen. Es ist äußerst unwahrscheinlich, daß ein Herr der Kommission nochmals in die Gaststube gekommen ist. Die Dienstmagd hat aber gesagt, sie habe das Geld nicht gesehen. Nach alledem bleibt nur noch Bäumer übrig und dem ist die Tat auch zuzutrauen, denn er hat schon gestohlen! Das nennt sich ein Schuldbeweis, ein Indizienbeweis! Und dagegen kann nach dem Gesetz das Reichsgericht nicht einmal einschreiten, denn es wies die Revision zurück, weil man in die freie Beweiswürdigung des ersten Gerichts nichts hineinreden könne und die Revision engt die Strafprozessnovelle noch ein. — Nebenbei ist die Strafe von drei Monaten Gefängnis für 4 Mk. wieder ein Ausfluß des draconischen Rückfall-paragraphen.

Moiock. Der Parteitag für beide Mecklenburg, der in diesem Jahre erstmalig in Mecklenburg stattfindet, wurde gestern mittag 2 Uhr vom Genossen Rössger eröffnet. Genosse Löwig-Lübeck begrüßte den Parteitag namens der Lübecker Genossen, welche die Vertreter der Klassenbewußten Arbeiterchaft Mecklenburgs stets gern bei sich gesehen hatten und wünschte den Beratungen besten Erfolg. Genosse Mollendörfer-Berlin nahm als

Vertreter des Vorstandes an den Verhandlungen teil und hielt eine längere Begrüßungsansprache, in der er die wichtigsten politischen Fragen freilegte. Die Diskussion über den Bericht des Landesvorstandes war recht lebhaft. Einwendungen gegen die Tätigkeit des Sekretärs Genossen Kröger wurden nicht erhoben, sondern nur spezielle Angaben über dessen Tätigkeit im nächsten Bericht gewünscht. Gegen 6 Uhr wurden die Verhandlungen auf heute, Montag morgen vertagt. Den Schluss bildete ein hübsch arrangierter Kommerz, zu dem sich die Parteigenossen Rosstöck mit ihren Frauen so zahlreich eingefunden hatten, daß sich die Warnowhalle als zu klein für diese Menschenmasse erwies.

Rostock. Preßprozeß. Redakteur Genosse Franke von der „Mecklenburgischen Volkszeitung“ wurde wegen Verleumdung einiger Direktoren der gelben Gewerkschaften in Neu-Strelitz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der inkriminierte Artikel hatte die Gelben und ihre Öhner ins rechte Licht gesetzt. Wegen eines einzigen Wortes erfolgte die Verurteilung.

Handels- und Marktnachrichten.

Lübeker Marktpreise vom 17. Oktober.

Bauern-Butter 1,25—1,30 Mk., Meierei-Butter 1,45 Mk., Hasen 3,00—3,50 Mk., Enten 2,80—3,50 Mk., Sühner 1,60—2,20 Mk., Rufen Stk. —1,60 Mk., Lauben Stk. 0,50—0,60 Mk., Gänse 1 Pf., Flichtgans

2 Mk., Schinken 1 Pf., 1,00—1,10 Mk., Schweinskopf 1 Pf., 45 Pf., Wurst 1 Pf., 1,20—1,30 Mk., Eier 7 St. 60 Pf., Geringe 8 10 Pf., Dorche genügend, Süßwasser 1 Pf., 1,00—2,00 Mk., Karpfen 1 Pf., Geräuch. Lachs 1 Pf., 1,00—2,00 Mk., Schleie 1 Pf., 1,20—1,40, Brachsen 1 Pf., — Pf., Seehe 1 Pf., 60—70 Pf., Barsche 1 Pf., 60 Pf., Aal 1 Pf., 0,80—1 Mk., Karautschen 1 Pf., 80 Pf., Gemüse genügend. Blumenkohl b. Kopf 0,10—0,20 Mk., Kohl 100 Pf., — Pf., Gurken 100 Pf., — Pf., Zwiebeln, hiesige 1 Pf., — Pf., Äpfel, verschiedene pr. 100 Pf., — Pf., Blaumen pr. 100 Pf., 50—60 Pf., Kartoffeln beste, 100 Pf., — Pf., Mand 1 Pf., — Pf.

Getreidepreise.

Lübeck, 17. Oktober.

Weizen, 115—128 Pf., holl. 170—195 Mk., Roggen 115—128 Pf., holl. 160—170 Mk., Gerste, nach Qualität 160—175 Mk., Hafer, nach Qualität neuer 150—168 Mk., alter 175—180 Mk. per 1000 Kilo.

Sternschanz-Viehmarkt

17. Oktober.

Der Schweinehandel verlief flau. Zugeführt wurden 2478 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Verlandschweine schwere 65 Mk., leichte 64 Mk., Sauen 56—61 Mk. Ferkel 59—63 Mk. pro 100 Pfund.

Literarisches.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 8. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes heben wir hervor: Die Balkanrisse. — Nationalpsychologie oder Klassenstandpunkt? Von N. Trostky. — Die Präsidentschaftswahl und die Parteien in den Vereinigten Staaten. Von Algenon Lee. — Die zweite Denkschrift über die Versicherung der Privatangestellten und die Arbeiter. Von Paul Lange (Hamburg). — Ein Arbeiter über die Arbeiterbildung. Von Franz Förster. — Leipziger Wohnungsfragen. Von A. Lüttich (Leipzig). — Literarische Rundschau: Nicoforo, Alfredo, Lo studio scientifico delle classi povere. Von O. L. Ludwig Gurkitt, Die Schule. Von Akademikus. Statistisches Jahrbuch für Elsaß Lothringen. Von ad. br. — Notizen: Staatliche Förderung des Arbeitsnachweises in der Schweiz. Von J. Lorenz. — Zeitschriftenchau. — Das Ergänzungsheft Nr. 4, welches dieser Nummer beigegeben ist, enthält: Eine Geschichte der Kriegskunst. Von F. Wehring. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteurs zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probenummern stehen zur Verfügung.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling. Verleger: L. H. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Plötzlich und unerwartet entriß uns der Tod meinen lieben Mann und meiner 8 unmündigen Kinder treuer sorgenden Vater, den Zimmerpolier

August Dürrkop

im Alter von 87 Jahren. Tief betrauert von mir und allen, die ihm nahe standen. Berta Dürrkop, geb. Gormann. Weberstraße 19. Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 21. Oktober, nachmittags 3 Uhr, von der Kapelle Vorwerk aus statt. Beginn der Feier 2 1/4 Uhr.

Für die Unterstützung seitens des Gefangenvereins „Einigkeit“ St. Gertrud allen Gebern unsern besten Dank.
W. Steen und Frau.

Für Braut. 1 gerabl. Sofa, 1 Divan, 2 engl. Bettstellen m. Er. mat. Matr. Dasselbst m. Sofas u. Matr. aufgestellt. Für sämtl. 10 J. Gar. E. Becker, La. Lohb. 26. Zu verkaufen gut erhaltenes Jackett und Kleiderack. Zu sprechen bis mittags. Georstraße 25a, 1.

Ein flotter neuer Winterhut umhängehalter zu verkaufen. Travenstraße 29.

Ein guterhaltener Winterpaletot für mittlere Figur billig zu verkaufen. Cronsförder Allee 19a. Laden links.

Schuhmacher-Bedarfsartikel. Befert sehr billig. Fr. Rehberg, Fackenb. Allee 10.

St. Lorenz-Brauerei. Dienstag Elmerbier. Wickedestraße 42, Geberdesstraße 34.

Uhrierer einsetzen 1,50 Mk. Taschenuhr reinigen 1,50 Mk. 1 Jahr Garantie. Ernst Genizen, Uhrmacher, Königstraße 62, b. d. Hühnerstraße. Gebe rote Rabattmarken.

Restaurant „Zur Glocke“ Glockengiesserstraße 85.

Großes Verschießen von fetten Gansen, Karpfen, Hasen und Rauchfleisch am Dienstag, den 20. Oktober. Anfang 10 Uhr morgens. Einsatz 50 Pf. Hierzu ladet freundlichst ein Carl Lachmann.

Panorama Breitestraße 53, 1., im Hängel. Vom 18. bis 24. Oktober: Nordlandsreise mit dem Ozeandampfer „Blücher“.

Hansa-Theater Wunder-Gee-Löwen dazu das große Programm. Kommerzial bei Sager bis 5 Uhr.

Friedr. Meyer & Comp.

Buchdruckerei — Buchhandlung
Johannisstraße 46 = LÜBECK = Fernspr.: Nr. 926

Anfertigung

von Plakaten, Broschüren, Flugblättern, Statuten, Mitgliedskarten, Eintrittskarten, Programmen, Festliedern.

Herstellung sämtlicher Buchdruckarbeiten in ein- u. mehrfarbigem Druck

Für Massenauflagen: Rotationsdruck.

Solide Preise. — Prompte Lieferung.

Verlag des Lübecker Volksboten

Anfertigung

von Briefbogen, Kouverts, Rechnungen, Quittungen, Mitteilungen, Adresskarten, Zirkularen, Visitenkarten.

Geschäfts-Übernahme.

Einem geehrten Publikum die ergebene Mitteilung, daß ich das

Restaurant Sadowastrasse 11

übernommen habe.

Indem ich gute Speisen und Getränke sowie aufmerksame Bedienung zusichere, ersuche ich mein Unternehmen gütigst zu unterstützen.

Hochachtungsvoll

Carl Haack.

NB. Halte mein Klubzimmer den werten Clubs und Vereinen bestens empfohlen.

In der Porter-, Bier- und Malzextract-Brauerei Paul Flemming finden Malzsurrogate (Süßstoffe) keinerlei Verwendung, wodurch sicherte Gewähr für reinste, bekömmlichste und nahrhaftigste Fabrikate geboten wird. — Man verlange daher in den einschlägigen Geschäften ausdrücklich obige Fabrikate und wende sich, falls diese dort nicht erhältlich, direkt an die Brauerei Engelsgrube 62.

Elmerbier, frisch: Jeden Dienstag und Freitag, abends von 6—9 Uhr.

Die Wahrheit

wegen die Hausfrauen, wenn sie die Margarinemarken „Siegerin“ und „Mohra“ als besten und billigsten Ersatz für feinste Meiereibutter bezeichnen! Unentbehrlich für Küche u. Tafel.

A. L. Mohr, Act.-Ges., Altona-Bahrenfeld.



Adolf Hübner, Uhrmacher u. Goldarbeiter, Rünshaus 18.

Verein der Musikfreunde.

Mittwoch, den 21. Oktober, abends 8 Uhr, in der „Stadthalle“: 4. Volkstüml. Konzert.

(Orchester 52 Musiker.) Leitung: Kapellmeister Hermann Abendroth. Solisten: die Herren Schwabe (Violoncello), Gorbach (Cello) und Moser (Harfe). Zur Aufführung kommen u. a.: Ouverture zu Figaros Hochzeit W.A. Mozart. Fantasie aus Margarethe Ch. Gounod. Ouverture zu Tannhäuser R. Wagner. Polpourri aus „Ein Walzertraum“ O. Strauß. Programm im Lübecker Konzert-Anzeiger.

Neues Stadt-Theater Kassen-Telephon Nr. 298.

Dienstag 7 1/2 Uhr: Voll-Abonnem. 18. Dienstag-Abonnem. 8. (Große Preise.) Der Vogelhändler. Operette von Carl Zeller. Mittwoch 7 1/2 Uhr: Voll-Abonnem. 19. Mittwoch-Abonnem. 8. Mittelpreise. Die Rabensteinerin.

Nach Beschluß der Theater-Betriebs-Kommission wird ein Nach-Abonnement ab 1. November cr. eingerichtet, u. zwar zu den gleichen Bedingungen des bereits laufenden Abonnements (nach Abzug des Monats Oktober). Anmeldungen hierzu werden ab Sonntag, den 18. Oktober cr., bis inkl. Sonntag, den 25. Oktober cr., in der Theaterkanzlei, Eingang Südergrube, an Werktagen von 10 bis 1 Uhr, und 4 bis 6 Uhr, an Sonntagen von 11 bis 1 Uhr, entgegengenommen.

Ueber die Brüsseler internationalen sozialistischen Tagungen.

über die wir bereits kurz berichteten, wird der „L. V.“ ausführlich geschrieben:

Drei internationale sozialistische Zusammenkünfte beherbergte dieser Tage das Volkshaus zu Brüssel: Am Sonnabend eine internationale Konferenz der sozialistischen Redakteure, am Sonntag eine Sitzung des Internationalen Bureaus, am Montag die Interparlamentarische sozialistische Konferenz.

Ein großer Teil der Mitglieder des Internationalen sozialistischen Bureaus war bereits am Sonnabend in Brüssel eingetroffen, um an der Redakteurkonferenz teilzunehmen zu können. Dieser wohnten bei die Genossen Caratti (Avanti-Rom), Hyndman (Justice-London), Petresco (Romania Muncitoare - Bukarest), Abramoff und Scarpa (Rimovamento - Sofia), Kubanowitsch (Tribune Russe - Paris), Lenin (Das Parteileben, Organ des russischen Arbeiterbundes), Wijnkoop (De Tribune - Amsterdam), Jean Longuet (Humanité-Paris), Viktor Adler und Bernerstorfer (Arbeiter-Zeitung-Wien), Branting (Verein der Schwedischen Arbeiterpresse), Stanning (Socialdemokraten-Kopenhagen), Buchinger (Nepszava-Budapest), Diamand (Glos-Polen), Hanauer (Internacia Sociala Revista, esperantistisches Organ), Molkenbuhr (Vorwärts), Kautsky (Die neue Zeit), Soukup (Pravo Etdu-Pr), die Genossin Angele Roussel (Le Socialiste-Paris), sowie eine Anzahl von Vertretern der belgischen Parteipresse flämischer und französischer Sprache. Eine ähnliche Konferenz hat bekanntlich bereits während des internationalen Kongresses zu Stuttgart stattgefunden, um über einen Antrag zu beraten für die sozialistische Presse aller Länder einen eigenen zentralen Nachrichtendienst zu organisieren. Die Stuttgarter Konferenz war jedoch so mangelhaft vorbereitet, daß sie sich vertagen mußte, nachdem sie den Genossen Huysmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus, mit der Ausarbeitung eines bestimmten Planes beauftragt hatte. Dieser Plan lag nunmehr vor. Genosse Huysmans vertrat erstens: Jede nationale Parteipresse müsse eine Liste der sozialistischen Korrespondenten ihres Landes, mit Angabe ihrer besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten, aufstellen und durch die Vermittlung des Internationalen Bureaus den ausländischen Parteipressen mitteilen. Zweitens: Jede nationale Partei, die über keine Tageszeitung verfügt, soll zur Informierung der ausländischen Presse ein periodisches Bulletin, ähnlich dem russischen Parteibulletin, herausgeben. Drittens soll die Gründung eines internationalen telegraphisch-telephonischen Nachrichtendienstes, auf ähnlicher Grundlage wie das Berliner Pressebureau, und zwar ebenfalls mit dem Sitz in Berlin, in die Wege geleitet werden.

Zu dem ersten Vorschlag bemerkte Kautsky, daß der deutsche Verein Arbeiterpresse in seinen Verzeichnissen der sozialistischen Schriftsteller auch ausländische Genossen, die sich zu Korrespondenten eignen, aufnehmen könne. Mehrere Redner weisen auf verschiedene Schwierigkeiten hin, die der Durchführung des Vorschlags von Huysmans entgegenstehen würden. Dieser wird schließlich in der Form eines Wunsches einstimmig angenommen.

Gegen den zweiten Vorschlag Huysmans wurden namentlich von den Genossen Hyndman, Abramoff und Molkenbuhr ähnliche Bedenken vorgebracht, die de Vrocker - Brüssel zu zerstreuen versuchte. Auf Vorschlag des letzteren wurde das Internationale Bureau beauftragt, mit den Parteien der in Frage kommenden

Nationen (England, den Balkanstaaten, Spanien usw.) über die Herausgabe solcher Bulletins zu unterhandeln, für die dann nötigenfalls die sie benutzenden Tageszeitungen wenigstens teilweise die Kosten aufzubringen hätten.

Der dritte Vorschlag — die Gründung eines internationalen telegraphischen Nachrichtenbureaus — wurde allgemein als verfehlt zurückgewiesen. Molkenbuhr erklärte, daß der „Vorwärts“ auf Anfrage immer bereit sei, ausländischen Bruderblättern wichtige Mitteilungen telegraphisch oder telephonisch zu übermitteln, an eine Internationalisierung des Berliner Pressebureaus sei aber jetzt noch nicht zu denken. Die Konferenz nahm diese Erklärung zur Kenntnis; der dritte Antrag Huysmans war damit erledigt. Zum Schluß wurde einstimmig beschlossen, künftig ähnliche Zusammenkünfte der Redakteure im Anschluß an jede Sitzung des Internationalen Bureaus abzuhalten.

Am Sonnabend abend fand im großen Saale des Volkshauses eine von Tausenden von Arbeitern und Arbeiterinnen besuchte öffentliche Versammlung statt, über die wir bereits berichtet haben.

Am Sonntag früh trat das Internationale Bureau zusammen. Außer den bereits genannten Vertretern waren für Deutschland Weber und Singer, für Holland Van Kol, für Belgien Anseele anwesend. Letzterer führte den Vorschlag, Spanien, Luxemburg, Norwegen und Argentinien waren entzückt.

Als erste Frage stand die Aufnahme der unabhängigen Arbeiterpartei (S. L. P.) Englands in den Verband der Internationalen zur Beratung. Bruce Glasier vertritt die endgültige Aufnahme dieser Organisation, die zum Stuttgarter Kongreß bereits zugelassen wurde. Man hat von jeher englische Gewerkschaftsverbände zu den internationalen Kongressen zugelassen, die viel weniger sozialistisch waren als die S. L. P. Nachdem sich fast die ganze englische Arbeiterchaft zu einer von den bürgerlichen Parteien unabhängigen politischen Partei konstituiert hat, soll man sie erst recht aufnehmen. Daß sie sich nicht ausdrücklich zum sozialistischen Klassenkampf bekennt, spricht nicht dagegen; in Wirklichkeit führt sie diesen Klassenkampf und ist sie viel sozialistischer, als viele sich sozialistisch nennenden Arbeiterorganisationen auf dem Festlande. Hyndman erklärt, nachdem der Kongreß der Arbeiterpartei seine sozialistische Resolution angenommen habe, sei er dem Anschluß der S. D. F. an die Arbeiterpartei günstig gestimmt, seine Parteifreunde haben aber seinem dahingehenden Vorschlag sich nicht anschließen wollen. Er spricht sich für den bestehenden Zustand aus, d. h. für die Aufnahme aller Trade Unions, die den politischen Klassenkampf grundsätzlich anerkennen, nicht aber für die der neuen Arbeiterpartei als Ganzes, so lange sie diese Anerkennung verweigert. Vaillant sagt, man könne sich nur darüber freuen, daß die englischen Trade Unions sich zu einer politischen Partei zusammengeschlossen haben. Er bittet die Genossen der S. D. F., im Interesse der Internationalität der Arbeiterbewegung dem Anschluß der S. L. P. zuzustimmen. Viktor Adler schließt sich den Ausführungen Vaillants an. Da die meisten englischen Trades Unions bereits vor der Gründung der S. L. P. aufgenommen wurden, sei die Frage prinzipiell bereits gelöst. Praktische Schwierigkeiten könne nur die Verteilung der zwanzig Stimmen der englischen Delegation zwischen S. D. F. und S. L. P. bieten. Molkenbuhr spricht in demselben Sinne. Für ihn ist die Tatsache, daß die S. L. P. praktisch Klassenpolitik treibt, und zwar unabhängig von allen bürgerlichen Parteien, entscheidend. Er schließt mit einem Ausruf an die beiden englischen Organisationen, sich baldigst zu verschmelzen.

Kautsky polemisiert gegen die Stellung Glasiers, man brauche über die sozialistischen Grundsätze und Ziele nicht zu reden, wenn man nur sozialistische Klassenpolitik treibt. Der S. L. P. fehlt ein sozialistisches Programm. Es ist richtig, daß sie den Klassenkampf führt, aber sie tut es sozusagen unbewußt, vielen englischen Genossen fehlt überhaupt das Verständnis für das Wesen des Klassenkampfes. Kautsky beantragt folgende Resolution;

In der Erwägung, daß die früheren Beschlüsse der internationalen Kongresse allen Organisationen den Anschluß ermöglichen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen und die Notwendigkeit der politischen Aktion anerkennen, erklärt das Internationale Sozialistische Bureau, die S. L. P. Großbritanniens zur Teilnahme an den internationalen Kongressen zuzulassen zu wollen, weil sie, trotzdem sie den proletarischen Klassenkampf nicht ausdrücklich anerkennt, in der Praxis diesen Kampf führt, und weil sie, vermöge ihrer besonderen Organisation, von den bürgerlichen Parteien unabhängig ist und sich folglich auf den Standpunkt des internationalen Sozialismus stellt.

Die Genossin Roussel (Frankreich) spricht sich gegen diese Resolution aus, weil sie nicht annimmt, man könne den Klassenkampf führen, wenn man ihn nicht anerkennen will. Kubanowitsch (russischer Sozialrevolutionär) spricht in demselben Sinne. Es besteht ein großer Unterschied zwischen der Aufnahme einer Gewerkschaft und der einer politischen Partei, die erklärt, nicht sozialistisch zu sein und den politischen Klassenkampf nicht zu wollen. Die Resolution Kautsky schafft Verwirrung, wir brauchen doch jetzt mehr denn je Klarheit. Sie stellt die Genossen der S. L. P. als Leute hin, die sich ihrer eigenen Taten nicht bewußt sind. Wir wollen die weitere Entwicklung dieser Partei abwarten und die Entscheidung über ihre Aufnahme bis zum nächsten Kongreß verschieben. Hyndman erklärt, wenn er Mitglied der S. L. P. wäre, so würde er das Zeugnis des politischen Unbewußtseins, das Kautsky dieser Partei erteilt, nicht annehmen; er spricht sich gegen die Resolution und für den Status quo aus. Lenin (russischer Sozialdemokrat) spricht ebenfalls gegen die Resolution Kautsky. Er glaubt nicht einmal, daß die S. L. P. wirklich den Klassenkampf führe. Er ist trotzdem nicht gegen ihre Aufnahme; die Resolution Kautsky soll aber so geändert werden, daß sie nur feststellt, die S. L. P. habe die ersten Schritte auf dem Wege zum Klassenkampf getan. Viktor Adler: Lenin vergißt, daß die S. L. P. sich von allen bürgerlichen Parteien unabhängig gemacht hat, diesen entscheidenden Punkt müssen wir festhalten. Kautsky: Die Befürchtung der Franzosen und Russen, daß man mit dieser Resolution auch nicht-sozialistische Organisationen aus Frankreich und Rußland aufnehmen könne, ist unbegründet. Hier liegen die Verhältnisse ganz anders; die S. L. P. vertritt die Masse der englischen Arbeiterchaft. Wenn sich in Amerika eine ähnliche Partei bilden sollte, so werden wir sie ebenfalls aufnehmen. Das Amendement Lenin ist unannehmbar, wir können uns nicht entscheiden auf Grund von Tatsachen, die wir erst abwarten. Abramoff erblickt in der Resolution Kautsky einen Ansporn für den Opportunismus, sie schwäche die Position der marxistischen Sozialisten in England und auch in Bulgarien. Bruce Glasier erklärt sich in einem kurzen Schlußwort für die Resolution Kautsky.

Über diese wird getrennt abgestimmt. Der erste Teil, der die Aufnahme bestätigt, wird gegen 3 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung angenommen. Der zweite Teil, die Begründung, wird gegen 4 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung ebenfalls angenommen.

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstäcker. (77. Fortsetzung.)

XXXI.

Verfolger und Verfolgter.

Der heutige Abend hatte im Lischke'schen Hause ein Freudenfest werden sollen, und war zu Jammer und bitterem Herzeleid geworden.

Der alte Lischke stand mitten in der Stube, beide Hände auf den gedeckten Tisch gestützt, auf dem die Lichter brannten, den Hut noch auf dem Kopfe, wie er ins Zimmer getreten war, und starrte still und schweigend vor sich nieder, und an dem Hals der Mutter, schluchzend, in Scham und Reue, lag die Tochter und barg das Antlitz an ihrer Brust.

Mehrere Minuten lang herrschte Totenstille im Zimmer, der Kärm vor draußen tönte klar und deutlich herein. Niemand wandte auch nur den Kopf danach um. Zu rasch und zu entschuldigend war der Schlag in den Frieden ihres Stillebens gefahren, um ihnen für etwas anderes noch Auge und Ohr zu gönnen.

Endlich hob sich der alte Mann empor, drehte sich langsam um, heftete den Blick lang und fest auf die Tochter und sagte endlich mit kalter, schneidender Stimme:

„Was will die Frau Baronin hier bei uns?“

„Water!“ rief die Mutter, der Blick ängstlich und bittend auf den Gatten geheftet.

„Gehet Herr Lischke“, bat auch Pastor Meier, „gehen Sie nicht zu streng ins Gericht. Wir sind alle Sünder, und keiner ist, der sich nicht sagen müßte: Du hast nicht immer so gehandelt, wie Du es vor Deinem Gott verantworten kannst.“

„Ich weiß, was Sie meinen, Herr Pastor!“ erwiderte ihm, mit dem Kopfe langsam nickend, der alte Mann. „Ich fühle, daß ich vielleicht zu streng gewesen bin, aber das habe ich nicht verdient, so furchtbar hätte mich Gott an meinem Liebstem nicht strafen müssen.“

„Versüßigen Sie sich nicht!“ jagte ernst der Geistliche; „noch lebt Ihr Kind, und wo wir des Allerbarmers Barmherzigkeit vor uns haben, wird sich des Vaters Herz dem Gram, der Reue des eigenen Kindes sicher nicht für alle Zeiten hart und kalte verschließen wollen. Der Frieden ist gestört

in diesem Hause, aber mit Gottes Hilfe nicht zerstört. Wenn auch die Sonne sinkt, wir wissen doch, daß Gottes Vaterhild sie wieder aufgehen läßt zu neuem Licht und Leben.“

Der alte Mann erwiderte nichts, sein Blick nur suchte im Kreise umher, und hastete dann teilnehmend auf dem jungen Mann, der mit gesenktem Haupte am Fenster lehnte. Langsam ging er auf ihn zu, nahm seine Hand und preßte sie und sagte leise:

„Armer, armer Christian! Ich hatte mich so darauf gefreut, Dich Sohn nennen zu dürfen.“

„Mein Vater!“ rief der junge Mann gerührt.

„Nein, nein, das ist jetzt vorbei!“ rief der Alte abwehrend. „Ich dürfte Dir die Schmach nicht mehr antun, Dich so zu nennen.“

„Sie stirbt mir, mein Kind!“ rief die Mutter in Todesangst, die Tochter umklammernd, die an ihr niederbrüllte und zu Boden gefallen wäre, wenn sie der neben ihr stehende Geistliche nicht aufgefangen hätte. Auch dessen Frau und Christian sprangen zu: nur der Alte rührte sich nicht.

„Bring sie auf ihr Bett!“ sagte er ruhig, ging dann mit schweren Schritten auf den Lehnstuhl zu, nahm sein Käppchen ab, das er neben sich auf den Boden fallen ließ, und sank in den breiten Stuhl, den Kopf auf die rechte Hand stützend, in der er sein Gesicht verbarg.

Der Geistliche und Christian trugen Euzanna jetzt in ihr Zimmer und überließen sie dort der Sorge der Frauen, und Pastor Meier kam dann zu dem alten Mann zurück und wollte ihn mit freundlichen Worten trösten. Dieser aber winkte ihm abwehrend mit der linken Hand, ohne seine Stellung zu verändern, und sagte:

„Bitte, Herr Pastor, lassen Sie mich heute abend das selber überdenken. Morgen, mit Gottes Hilfe, sprechen wir da weiter. Ich bin krank, mein Kopf schmerzt mich und mein Herz. Ruhe wird mir vor allem gut tun. — Aber da klopft jemand an der Tür, bitte, Christian, sieh einmal nach. Es wird der Doktor Schreiber sein, der zu Deinem Verlobungsessen kommt.“

Der alte Mann lagte bitter vor sich hin; aber niemand weiter sprach ein Wort. Der Pastor Meier fühlte, daß ihm in der Tat Ruhe vor allen Dingen nötig sei. Der nächste Morgen brachte dann kälteres

Blut und ruhige Überlegung, und damit Linderung des Schmerzes.

Christian war zu der Tür gegangen, um zu sehen, wer käme, und trat wenige Minuten später mit Leutnant Walker in das Zimmer.

„Entschuldigen Sie, daß ich Sie störe“, sagte der Leutnant, „ich wünsche Herrn Doktor Schreiber dringend zu sprechen.“

Der alte Lischke hatte bei der fremden Stimme den Kopf erhoben und sagte jetzt:

„Er ist noch nicht zu Hause, kann aber jeden Augenblick kommen. Er hat versprochen, spätestens bis neun Uhr hier zu sein.“

„Erlauben Sie dann vielleicht, daß ich ihn auf seinem Zimmer erwarte?“

„Bitte, Christian!“ sagte der Alte, ohne von seinem Stuhl aufzustehen, „sage doch der Magd draußen, daß sie den Herrn auf des Doktors Zimmer hinaufführe und ihm die Lampe anlecke.“

„Ich danke Ihnen. Guten Abend, meine Herren!“ erwiderte der Fremde und verließ mit Christian das Zimmer.

Der Pastor stand noch einige Sekunden still und teilnehmend, die Blicke auf den gebeugten Vater heftend, im Zimmer; dann ging er zu ihm, legte die Hand auf seine Schulter und sagte herzlich:

„Ich lasse Sie jetzt mit Ihrem Gott allein. Bedenken Sie aber, daß Sie Vater sind, daß es Ihre Tochter war, die auf dem Pfad der Tugend gestrauchelt. Ihre Pflicht ist es, ihr die Hand zu reichen, daß sie nicht fällt. — Und mit leisen Schritten verließ er das Gemach, und bald darauf mit seiner Frau und Christian auch das Haus der Trauer.“

Oben in Mac Donalds Zimmer, in dem Stuhl am Fenster, die Krone auf der Brust gekreuzt, saß Leutnant Walker und schaute still und sinnend nach dem südlichen Kreuz hinaus, das leuchtend dort am Firmamente stand. Die Zeit verging, wohl über eine Stunde verharnte er in derselben Stellung, ohne ein Zeichen von Ungebuld zu geben. Unten im Hause, wo man im Anfang noch Türen geöffnet und geschlossen hatte, war es still geworden, auch die meisten Lichter waren ausgelöscht, die bis dahin noch ihren Schein gegen die Umarmung geworfen. Niemand regte sich mehr, das

Die Resolution Kautsky ist somit unverändert zum Beschluß erhoben.

In der Nachmittags-Sitzung gelangt folgende Resolution Ballant zur Diskussion:

In der Erwägung, daß die englischen und deutschen Sozialisten durch ihre Kundgebungen friedlicher Solidariät, die französischen Sozialisten durch ihre Agitation gegen die Marokko-Expedition, die deutschen Sozialisten durch ihren Abrüstungsantrag gemäß dem Auftrag der Internationalen gehandelt haben,

daß aber dennoch die Kriegsgefahr bestehen bleibt, der imperialistische Kapitalismus in Großbritannien und Deutschland weiter intigiert, die marokkanische Expedition und Börsenspekulation fortanert, auf dem Balkan die Einmischungen der Mächte mehr denn je in ihrem Interesse die nationalistischen und religiösen Leidenschaften entzünden,

daß endlich überall die diplomatischen Winkelzüge der Regierungen, die ausweichenden Kriegsrüstungen, sowie die kapitalistische Konkurrenz und die koloniale Räuberei den Frieden bedrohen,

erklärt das Internationale Sozialistische Bureau von neuem, daß die sozialistischen Parteien und das organisierte Proletariat die einzigen wirklichen Kräfte zur Sicherung des internationalen Friedens sind. Es beschließt in Ausführung der Resolution des Stuttgarter Kongresses:

Die sozialistischen Parteien aller Länder zu verdoppelter Aufmerksamkeit und Kräfteentfaltung aufzufordern.

Die Parteivorstände, Parlamentsfraktionen und Delegationen aufzufordern, im Verein mit dem Internationalen Sekretariat die nationalen und internationalen Maßregeln zu erwägen, durch die je nach den Verhältnissen den Krieg zu verhindern und der Friede zu wahren ist.

Ballant bemerkt, daß diese Resolution vor den letzten Ereignissen auf dem Balkan eingereicht wurde. Er wünscht, daß die Vertreter der Balkanstaaten zusammen eine besondere Resolution vorlegen. Wollenbühl: Die Resolution weist nicht scharf genug darauf hin, daß alle die, die immer von der Kriegsgefahr reden, gewöhnlich ein materielles Interesse an der Erhöhung der Rüstungen haben.

Die deutsche Bourgeoisie hat wegen der Höhe der Ausfuhr nach England kein Interesse daran, einen Krieg mit England leichtfertig heraufzubeschwören. Die Aktion gegen den Krieg ist zumeist eine Frage der inneren Politik. Inwieweit wird sie am besten durch die Bekämpfung der Militärausgaben geführt. Die deutsche Sozialdemokratie hat in diesem Kampf immer ihre Schuldigkeit getan. Adler hält eine besondere Resolution über die Balkanfrage für überflüssig, ein Zusatz zur Resolution Ballant genügt. Er schlägt die Einschaltung folgenden Satzes vor:

In der Erwägung, daß neuerdings die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens und vor allem die Annexion Bosniens die Gefahr einer Friedensstörung noch drohender gestaltet haben.

Voramoff schlägt vor, den Worten: „die Einmischungen der Mächte“ hinzuzufügen: „und die ehrsüchtigen Bestrebungen der Nationalitäten“. De Brouckere glaubt, daß in der Balkanfrage eine bloße Erklärung zugunsten des Friedens nicht genüge. Wir müssen auch positive Stellung nehmen zu diesen beiden Erscheinungen: den Unabhängigkeitsbestrebungen der Nationalitäten und den Verjuchen der Mächte, auf dem Balkan koloniale Raubpolitik zu treiben.

Die erste müssen wir begrüßen, die Gewaltpolitik der Mächte aber müssen wir als eine der Ursachen der jetzigen Verwickelungen bezeichnen. Bruce Glasier verlangt von den österreichischen Genossen, daß sie deutlicher gegen die Politik ihrer Regierung Stellung nehmen. Hyndman schließt sich dem an und geht auf die deutsch-englischen Beziehungen ein. Hier besteht die Gefahr eines Konflikts, weil Deutschland die englische Nachstellung angeizen möchte. Die englische Bourgeoisie wünscht den Krieg nicht, weil ihr der Frieden mehr gegeben hat, als es ein Krieg könnte. Er begrüßt das Erwachen der Nationalitäten auf dem Balkan, weil er zwar internationalist, nicht aber Antinationalist sei. Man dürfe die Balkanfrage nicht zu optimistisch beurteilen; zwischen Österreich und Rußland bestehe ein äußerst wichtiger Interessengegenzatz namentlich wegen der Bahn nach Saloniki. Darum sollen alle Parteien nicht

nur durch Teilnahme an internationalen Kundgebungen, sondern auch in der inneren Politik sich zum Kampfe gegen den Krieg rüsten. Adler: Man soll von uns nicht verlangen, daß wir Fragen lösen, die wir gar nicht lösen können. In den Delegationen wollen wir erklären, daß wir allen Völkern das Recht zuerkennen, ihre nationalen Rechte geltend zu machen. Ob wir uns offiziell über die Unabhängigkeitserklärung Bulgariens freuen sollen, ist eine ganz andere Frage. Mit Bosnien liegt die Sache vollends anders, weil wir es da mit mehreren Nationen zu tun haben. Wir können in diese verwickelten Interessenkämpfe nicht eingreifen; das einzige, was wir tun können, ist, im Schoße jeder Nation die Kriegsbestrebungen bekämpfen. Voramoff bestreitet, daß die bulgarische Unabhängigkeit der Arbeiterklasse Nutzen bringen könne. Nemez berichtet ausführlich über die Lage in Bosnien, wo bereits 6000 Arbeiter organisiert seien; die österreichisch-slawischen Genossen werden dort auch künftig ihre Schuldbigkeit tun, der wachsenden Arbeiterbewegung zu helfen. Van Kol hält einen Protest gegen die Verletzung des Berliner Vertrages für notwendig, dadurch sei England auf dem Wege zur Abrüstung seiner Flotte wieder aufgehalten worden, und ähnlich sei die Lage in Holland. Er beantragt einen Zusatz zur Resolution Adler, worin ausgedrückt wird, daß die Mächte, die den Berliner Vertrag mit Füßen getreten haben, das Vertrauen der Völker in den Wert ihrer Versprechungen erschüttert und den Militarismus gestärkt haben. Adler bekämpft diesen Zusatzantrag. Die russischen Delegierten schlagen folgenden Zusatz vor: (In der Erwägung, daß) der russische Zarismus auf der Suche nach neuen Anleihen, um seine Stellung gegenüber der Revolution zu befestigen, die Lage mehr und mehr verwickelt.

Man schreitet zur Abstimmung: Das russische Amendement wird einstimmig angenommen, das Amendement Voramoff abgelehnt, das Amendement Van Kol vom Antragsteller zurückgezogen, das Amendement Adler gegen eine Stimme bei einer Stimmenthaltung angenommen. Die Resolution Ballant mit den Zusätzen der Russen und Adlers wird einstimmig angenommen.

Die übrigen Punkte der Tagesordnung werden ziemlich rasch erledigt. Das Bureau beschließt, künftig monatlich zweimal im Jahre zusammenzutreten. Es richtet an die angeschlossenen Parteien den Wunsch, sie mögen ihren Beitrag an das Internationale Sekretariat auf der Grundlage eines jährlichen Mindestbeitrages von 100 Frank pro Stimme regeln. Die Zahl der Stimmen Schwedens wird auf 12 erhöht, die Erhöhung der Stimmenzahl Ungarns dagegen abgelehnt. Die sozialdemokratische Partei Chiles wird in die Internationale aufgenommen. Nach einer längeren Debatte wird auf Vorschlag Adlers die Zulassung der russischen zionistischen sozialistischen Partei zum Stuttgarter Kongreß als eine provisorische Maßregel bezeichnet und die Aufnahme dieser Organisation endgültig abgelehnt. Das Bureau beschließt, dem Ersuchen der französischen Delegation stattzugeben, die Genossen Saures und Ballant mit zusammen 1 Stimme neben dem Genossen Guesde mit ebenfalls 1 Stimme im Bureau zuzulassen. Die sozialrevolutionäre Föderation aus dem türkischen Armenien wird in die Internationale aufgenommen, sie wird auf den internationalen Kongressen 4 Stimmen haben.

Um 8 1/2 Uhr abends wird die Tagung geschlossen.

Aus dem Berliner Polizeilumpf.

Wir lesen im „Vorwärts“: Das Mistbeet der Spigelpflanzen am Alexanderplatz wird immer noch mit alter Liebe gepflegt. An „Haupt und Gliedern“ sollte vor Jahr und Tag die politische Polizei reformiert werden — du lieber Gott! Polizeipräsidenten und Polizeiminister wechseln wie die Blumen auf dem Felde; kaum aufgeblüht, sind sie auch schon wieder verwelkt, aber wie so ein alter Schwammschwamm treibt die politische Polizei immer wieder Schößlinge unter jedem Kurz, weil sie zu jeder Kursänderung mit Bismarck sagen kann: „Vor laach ist über!“

Das vom Blockfreisinn als große „liberale“ Errungenschaft gepriesene neue Vereinsgesetz sollte den deutschen Reichsbürger auf dem Gebiete des Vereinswesens von der kleintlich-niederträchtigen polizeilichen Überwachung emgermaßen befreien. Soweit nun nicht wie in Breslau die Gerichte die feierlichen Erklärungen der Regierung über Strafen und den alten Polizeischranken Tür und Tor öffnen, hat die Polizei das Gesetz selber bloßgemäß forrigiert: statt der überwachenden Beamten sendet sie nummehr ein Heer von spiegelnden Beamten in die Wahlvereine und führt die Überwachung nummehr in dieser Form aus.

Bei den Wahlrechtsdemonstrationen sehen wir die Polizeibeamten Kassube, Dräger und Hartwig in so lebendiger Aktivität, daß ihre Tätigkeit der Rolle von Loaskipeln verurfelt ähnlich sah. Kurz zuvor konnten wir unseren Genossen den Kriminalschußmann Paul Dietrich, Kochhannstraße 15, in der Maske des „Hausdieners Ernst Philipp“ vorführen, nachdem vorher der Kriminalschußmann Gustav Neumann unserer höflichen Einladung auf Abholung des Substanzlohes von 200 Mk. trotz wiederholter öffentlicher Aufforderung nicht nachgekommen war. Auch der regenschriftbewaffnete Kriminalschußmann Ludwig Hemker, Urndtstraße 29, der so hübsche Polizeiromane aus Brüssel an „seinen Herrn Hauptmann“ v. Arnim zu schreiben wußte, wurde vorige Woche anlässlich der Sitzung des Internationalen Sozialistischen Bureau in Brüssel sichtlich, aber vergebens erwartet. Und dieser Lage ist auch der vor 20 Jahren aus der Schweiz ausgewiesene alte Spigel Karl Haupt aus Genf in Berlin aufgetaucht, nachdem in Buenos-Aires der Segen Gottes sichtlich auf seiner ebrlichen Arbeit geruht, denn er ist als reicher Mann heimgekehrt, um als Ehrenmann unter dem Schutze der Polizei sein Alter sorgelos zu genießen — oder sonst was!

Heute können wir unseren Lesern einen neuen Spigel vorführen: den Kriminalschußmann August Badock, Mathenower Straße 30, 11.

Jahrelang war er dem Polizeirevier in der Kronenstraße zugeteilt, sein Stand war hauptsächlich am Leipziger Platz; die Händler und Droschkenkutscher jener Gegend betruerten lebhaft seinen Weggang, aber sein Ehrgeiz hatte ihn getrieben, sich bei der politischen Polizei zu melden und nach bestandener Prüfung wurde er auch am 1. Januar 1908 von ihr übernommen. Das erste, was Badock tat, war, daß er sich eine blaue Brille kaufte. Nun kannte ihn keiner mehr, sogar die Straßenbahnschaffner nicht mal, die ihn gleichfalls in ihr Herz geschlossen. Mit dem Feuerceiler des Vehlilngs trat er seine Funktion an, und wie ein Bericht vom 9. August an seine vorgelegte Behörde beweist, hatte er sich rasch in sein Amt eingefunden. Kein Wunder, sein Lehrmeister war ja der bekannte Kriminalschußmann Neumann, der ihn mit der ganzen Selbstlosigkeit des Freundes darüber unterrichtete, wie man sich nicht erwischen lasse.

Unter dem Namen August Puhlmann, von Beruf Maurer, ließ er sich am 27. Februar 1908 als Mitglied des Transportarbeiter-Verbandes aufnehmen und am 11. März 1908 trat er dem Sozialdemokratischen Wahlverein des 3. Reichstagswahlkreises als Mitglied bei.

In beiden Organisationen spielte er sich als eifriges Mitglied auf. Er feierte den 1. Mai und flehte in sein Gewerkschaftsbuch (Hauptnummer 64515 und Ortsnummer 14515) die Waimarkt des Glaser-Verbandes; er zahlte natürlich auch regelmäßig seine 42 Wochenbeiträge. In der politischen Organisation war er besonders rührig. Drei Tätigkeitsmarken zieren als besondere Auszeichnung sein Wahlvereinsbuch. In den Wahlrechtsdemonstrationen am 18. März nahm er aktiv teil; bei den Agitationen arbeitete er zur Landtagswahl konnte er den Mitgliedern als Vorbild fleißiger und gewissenhafter Mitarbeit vorgeführt werden, die von ihm abgelieferten Listen zählen zu den besten und sauberstgeführten. Es war daher nur erklärlich, daß nach so aufreibender Tätigkeit er vom 15. bis 28. August in die Ferien ging. Nach Tübingen, zu seiner totranken Mutter, wie er bewegten Herzens zu einigen Genossen sagte; in Wirklichkeit ging er nach Habelruppen in Ostpreußen und war unvorsichtig genug eine Karte zu senden, aber er hatte vergessen, auf dem dortigen Postamt anzugeben, daß Briefe an Puhlmann ihm, dem Kriminalbeamten Badock, auszuhändigen seien. Deshalb kamen diese an den Abfender zurück.

Mit frisch gestärkten Kräften nahm er nach seiner Rückkehr aus den Ferien seine Parteitätigkeit wieder auf. In jeder Versammlung nahm er teil; Flugblätter trug er aus, auf Sammellisten ließ er flott Beiträge zeichnen und noch am Sonnabend, den 10. Oktober, lieferte er die letzte Liste

Haus lag totentstilt, und nur das laute Lachen einer alten, noch aus Europa mit herübergebrachten Schwarzwalder Uhr schien mit seinen regelmäßigen, scharfen Schwingungen die Zeit in kleine kurze Stücke zu schneiden und hinter sich zu werfen.

Die Lampe erhellte, von einem dunkeln Schirm bedeckt, nordwärts das Gemach, und nur oben an der Decke zitterte ein Licht, seinen eigenen Schatten verzehrender Kreis.

Da wurden unten auf der Straße Schritte laut, der Leutnant horchte auf, sie kamen näher und hielten am Hause. Deutlich konnte er hören, wie der kommende den Schlüssel einsetzte, die Tür öffnete und hinter sich wieder schloß, langsam durch die dunkle Haustür Schritt und die Treppe hinaufstieg.

Der Leutnant war aufgestanden, aber am Fenster stehen geblieben. Draußen erfaßte eine Hand die Klinke, die Tür öffnete sich, und Mac Donald trat herein.

Er sah bleich und angegriffen, aber vollkommen ruhig aus, und schritt, den Fremden im Zimmer nicht bemerend, zur Lampe, deren Schirm er öffnete und den Licht etwas in die Höhe schraubte.

„Guten Abend, Mac Donald!“ sagte in diesem Augenblick die tiefe, klangvolle Stimme Walkers, und Mac Donald zuckte bei den Tönen wie von einer Klatte gestoßen zusammen. Aber es war nur ein Moment; mit der Linken warf er den Lampenschirm zurück, daß das Licht derselben voll auf die ihm gegenüberstehende Gestalt seines Vorgesetzten fiel, und mit der Rechten griff er im gleichen Augenblick ein doppelköpfiges Pistol aus seiner Tasche, wandte den Hahn und sagte mit ruhiger, aber von innerer Bewegung erstickter Stimme:

„Leutnant Walker, Sie haben Ihr Ziel erreicht, aber wahrscheinlich in anderem Sinne als Sie glauben. Sie haben sich in den Griff eines Verzweifelten gewagt, und müssen jetzt die Folgen tragen. Ich selber habe auch dieses Leben satt, geheißt, verfolgt wie ein wildes Tier mit den Schweifhunden auf der häßliche Tag und Nacht, wer möchte da leben!“

Leutnant Walker hatte ihm, die Arme noch immer auf der Brust gekreuzt, ruhig zugehört, jetzt endlich sagte er, den Blick fest auf den zürnend vor ihm Stehenden geheftet:

„Und wenn ich nun nicht, als Feind läme, wenn ich Ihnen Ruhe und Frieden brächte, Mac Donald?“

„Im Grabe!“ erwiderte der Unglückliche mit klangloser Stimme.

„Legen Sie die Waffe fort, Sir,“ sagte da Walker plötzlich freundlich, fast herzlich. „Ich bin allein, keiner von meinen Leuten ist in der Nähe, wenn sie auch noch vor einer oder zwei Stunden etwa hier sämtlich um das Haus her auf der Lauer lagen.“

„Also doch verraten!“ lächelte der Verfolgte bitter vor sich hin.

„Sie dürfen sich darüber nicht beklagen,“ lachte Walker, „doch sehen Sie mich nicht so finster an. Wäre mir das Herz in diesem Augenblick nicht so leicht und froh, und brächte ich Ihnen nur Gefangenschaft und neue Qualen, ich würde wahrlich nicht lachen. Aber eine bessere Sonne geht morgen für Sie auf. Ich bringe Ihnen Freiheit und Leben.“

„Sie?“ rief Mac Donald erstaunt und immer noch nicht ohne Mißtrauen.

„Es mag Ihnen sonderbar vorkommen,“ lachte Walker, „daß sich ein Polizeileutnant mit solcher, ich möchte fast sagen, negativen Beschäftigung abgibt, und doch ist es so. Aber,“ lezte er plötzlich herzlich hinzu, „leiten Sie versichert, Mac Donald, daß ich seit jenem Tage, wo wir Seite an Seite gegen den wilden Trupp der Schwarzen kämpften, recht gut fühlte, daß Sie ein anderer wären, als wofür Sie die Welt bis dahin hielt. Nur widerstrebend erfüllte ich auch von da an meine Pflicht, aber erfüllte sie, weil es eben meine Pflicht war.“

„Ich begreife Sie nicht,“ rief Mac Donald, staunend über das merkwürdige Betragen des Mannes.

„Ich will Sie auch nicht länger in Ungewißheit lassen. Doch sehen wir uns!“ fügte er hinzu, indem er seinen Säbel abhänkte und in die Ecke stellte, sich einen Stuhl zum Tisch rückte und an diesem Platz nahm. Mac Donald, der noch immer die gespannte Pistole in der Hand hielt, lezte den Hahn langsam in Ruhe, legte die Waffe dann auf die Kommode, schloß aber den Kiesel seiner Tür von innen vor, um nicht überrascht zu werden und rückte sich ebenfalls einen Stuhl zum Tisch.

„Noch immer Mißtrauen!“ lachte Walker. „Doch Sie haben recht. Ich tat noch nichts, um Ihr Vertrauen zu gewinnen. So hören Sie mich denn ruhig an; der Verfolg meiner kurzen Mitteilung mag Sie eines Besseren belehren.“

„Wir trafen uns gestern zum zweitenmal in Gejellschafft,“ begann der Leutnant lächelnd seinen Bericht, „und

ich muß gestehen, daß mich die blaue Brille und Ihr deutscher Dialekt vollkommen täuschten. Ich hatte keine Ahnung, daß Sie der fremden Sprache so mächtig wären, obgleich mir einen Moment später Ihre Gestalt und Bewegung bekannt schienen. Heute morgen endlich kam ein alter Bekannter von uns beiden und machte mir, von den auf Ihren Fang gesetzten hundert Pfund Sterling verlockt, die Mitteilung, daß jener Doktor Schreiber im Wilscheschen Hause der berühmte Jack London sei.“

„Der rote John!“ rief Mac Donald mit einem verächtlichen Lächeln.

„Nicht direkt, obgleich, wie ich jetzt weiß, derselbe Herr dahinter lag. Wir haben ihn heute Abend gefaßt und er geht jetzt seinem sichern Lohn, dem Galgen, entgegen. Mein, der Verräter war ein früherer Hutepeper auf Bowells Station, der sich dort Miller nannte, aber in Wirklichkeit Hohburg heißt.“

„Hohburg!“ rief Mac Donald, entsetzt von seinem Stuhl aufspringend. „Das jener Miller, und deshalb war mir jenes verwilderte Gesicht so bekannt, deshalb ergriff mich, wenn ich in jene Augen schaute, jedesmal ein so sonderbares, mir unerklärliches Gefühl!“

„Bleiben Sie ruhig sitzen!“ sagte der Leutnant. „Sie werden noch wunderbarere Sachen zu hören bekommen. Der Bursche sah übrigens entsetzlich aus, mit wirrem Haar, bleichem Gesicht, tiefliegenden, stieren Augen und zitternden Gliedern, das wahre Bild eines vom Trunk ruinierten und zerstörten Körpers. Den Verrat mußte ich benutzen, Mac Donald, aber ich gebe ihnen mein Wort, daß ich den Verräter weit lieber zu Boden geschlagen hätte. Ich gab also meine Befehle, sandte vorher einen verkleideten Konstabler hierher, der sich nach Ihnen erkundigen mußte, und umstellte das Haus, das, um diese Zeit etwa, von meinen Leuten besetzt und durchsucht werden sollte. Die Ausführung des Ganzen übergab ich aber meinem Wachmeister, ich wollte nichts weiter zu tun haben.“

„Und jetzt?“

„Gib ich die Leute nach Hause geschickt, um mit Ihnen die Ergebnisse dieses Nachmittags zu besprechen. Hören Sie weiter. Von dem unbehaglichen Gefühl getrieben, Sie, von dem ich zu wissen glaubte, daß ich ihn nicht zu den gemeinen Verbrechern rechnen dürfte, ihrem Geschick verfallen zu sehen, ritt ich langsam gegen Abend aus Saaldorf fort, um im nächsten Orte den Friedensrichter zu besuchen, und morgen früh, wenn alles vorüber wäre, zurückzufehren.“

(Fortsetzung folgt.)

ab. Sein Eifer für die Partei kannte in der Tat keine Grenze. Sogar die Liebe opferte er der Partei, denn eines Tages zeigte er einem Genossen folgenden Brief seiner Braut:

Lieber August!

Da Du Dir um mich immer so wenig kümmerst, keine Zeit für mich übrig hast und immer nur Deine sozialistischen Ideen abschreibt, ich also von Dir so wenig habe, ist es wohl das Beste wie ich mich unser Verhältnis.

Mit herzlichem Gruß

Deine Berta.

Kriminalgenosse August Baduc, alias **Maurer August Buhlmann**, muß sich aber über den Verlust dieser anspruchsvollen Berta radsch getroffen haben, denn kurze Zeit nachher mußte er seine Wohnung Michaelskirchstraße 28 bei Baur aufgeben, obwohl er ein angenehmer Mieter war, der so und so viele Nächte überhaupt nicht nach Hause kam, also Möbel und Bettengeräte sicherte. Er brachte nämlich eines Abends ein Mädchen mit auf's Zimmer, was sich die Wirtin entschieden verbat; wenn sie auch arm sei, dazu gehe sie sich nicht her, das gehe bei ihr nicht. Aber die brave Frau Baur mußte eben nicht, daß der angebliche Maurer August Buhlmann in Wirklichkeit der verheiratete Kriminalschuttmann August Baduc war, und daß ein Beamter der politischen Polizei, der ja nach der Meinung Wisniewski und der "Kreuzzeitung" mit der Sittenpolizei in enger Verbindung steht, unendlich eherebrecherische Extravaganzen treiben könne; Baduc freilich sagte kein Wort, daß dieses vermeintliche Mädchen jedenfalls seine Frau war, die ihrem Manne die Einigkeit seines pflichtfertigen Junggesellenlebens zeitweilig erheben wollte. Baduc war eben kein Freund des Kanzes; schweigend nahm er den Schein der Unfeindschaft auf sich und zog nach der Draisstraße 109 II bei Witwe Lauer. Aber im dortigen Bezirk gefiel ihm das Parteileben nicht. Dort waren ihm die Zählabende zu langweilig, die Genossen zu solbde; sie erledigten ihre Parteigeschäfte und gingen dann nach Hause; er aber liebte es, nach den Sitzungen mit den Parteigenossen noch zusammenzubleiben, zu plaudern und ab und zu ein Spielchen zu machen; es kam ihm auch auf ein paar "Lagen" nicht an. Darum hat er, im alten Bezirk weiter tätig sein zu dürfen, und die Genossen hatten Grund, diese Bitte zu erfüllen.

Der Maurer August Buhlmann war seiner Sache ganz sicher; inzwischen war es ihm, wie er erzählte, durch seinen Gossu gelungen, bei dem Rechtsanwalt Wangermann, Friedrichstraße 90, als eine Art Faktor anzukommen, so daß er auch finanziell etwas besser gestellt war; zum Beweise dessen nahm er wiederholt Gelegenheit, einigen Genossen, denen er besonders vertraute, zu zeigen, daß er auch blaue Lappen in Vertiefung habe; ebenso habe er jetzt mehr freie Zeit und könne so auch für die Partei in erhöhtem Maße tätig sein. Nebenbei frug er auch, ob er denn nicht Bezirksführer werden könne, um an deren Sitzungen teilzunehmen. Er zeigt eben glühenden Eifer für die Partei; früher — meinte er — sei er auch dumm und blind und patriotisch gewesen; als er aber aus Ostpreußen (seine Heimat ist Damenberg bei Ragnit) nach Berlin kam, da seien ihm die Augen aufgegangen, und er sehe jetzt ein, daß die Sozialdemokratie notwendig sei.

Dieser Wunsch konnten ihm die Genossen nicht erfüllen; aber einen so eifrigen Genossen zieht man schließlich doch mehr ins Vertrauen. Und er war auf allen Gebieten eifrig. In den Versammlungen, denen ein gemächliches Beisammensein folgte, war er einer der eifrigsten Länger und gegen Damen besonders galant; wenn schließlich der Spielmann müde war, so nahm er ihm das Vandonium ab und zeigte sich als Virtuoso auf diesem Instrument, die lustigsten Tanzweisen und die feinsten Walzer mit Gefühl vorzutragen. Und so sagte denn eines Abends Genosse Gn. zu einem andern vertraulich, aber doch so laut, daß Buhlmann-Baduc es noch hören konnte: "Du willst doch auch einen von den Revolvern haben; wir haben 500 bestellt!" O, wie da der eifrige Genosse Buhlmann seinen Hals reckte, daß die Ohren fast zu wackeln anfangen! Aber "er ließ sich nichts merken". Ein paar Abende später sagte Genosse Gn. zu ihm selber: "Du, August, hör' mal, wir haben 10000 Revolver bestellt, willst Du auch einen?" Ob er einen wollte!

Am nächsten Sonnabend war in der Restauration von Jorby, Michaelskirchstr. 28, Geburtstagsfeier eines Mitgliedes des Spaxvereins Adamsfonds; auch diesem Verein war er beigetreten und hier übertrug man ihm vertrauensvoll das Amt des Kassierers, das er auch gewissenhaft verwaltete, wenn gleich er heute noch einige Mitgliederbeiträge im Besitz hat. Aber er wird zweifellos diese noch abführen, denn im Laufe des heutigen Tages hat er auch an den Restaurateur Jorby 50 Mk. zur Begleichung seiner letzten Zehne, die er zu bezahlen keine Zeit mehr fand, durch einen Dienstmann geschickt. Er ging nun zu dem Genossen Gn., um ihn abzuholen; dieser erklärte sich bereit mitzukommen. Da winkte ihm seine Frau wiederholt zu: "Du weißt doch, Du sollst doch noch nach der Seydelstraße." "Nichtig!" entgegnete Gn., "nun, August, geh' Du man voraus, ich komme dann nach." Und als er später mit Buhlmann-Baduc bei Jorby zusammentraf, erzählte er ihm lachend, wie er seiner Frau eine Nase gebrochen habe; angeblich sei er ihres Hundes wegen nach der Seydelstraße gegangen, in der Tat aber handle es sich um die 10000 Revolver, die sollen nächsten Sonnabend verteilt werden; da soll jeder Genosse zum Zählabend noch zwei "patente" Genossen mitbringen.

Das war Sonnabend, den 3. Oktober. Schon am 5. Oktober war ein Schuttmann in der Wohnung des Gn. und frug in der bekannten schlaun Weise, wo Gn. sei; ob er nicht in letzter Zeit einmal verreckt gewesen sei; vielleicht bloß 1-2 Tage usw.

Ein anderer Genosse des dritten Wahlkreises verreckte am 4. d. Mts. Schon am Bahnhof bemerkte er die bekannte Figur; er löste seine Fahrkarte nach Kottbus; der bekannte Unbekannte ditto. In Lübben stieg unser Genosse aus und in Kottbus spähte sein Schuttmann vergebens nach ihm aus.

10000 Revolver waren also bestellt. Selbstverständlich wurden sie wieder in der Bankstraße bei Kerfin verwahrt; deshalb stellten sich bei Kerfin und Warschowski die bekannten Begleiter ein und sie gingen genial dabei zu Werke. Als K. u. W. sich längere Zeit in einem Laden aufhielten, kam kurz nach ihrem Weggang ein Herr der den Laden mieten wollte. Der Schlauberger suchte aber die Gassen so auffällig ab: "ob sie nicht feucht seien," daß schließlich sogar ein Beamter der politischen Polizei Verdacht hätte schöpfen müssen.

Natürlich war der Rest der Revolver, der nicht in der Bankstraße untergebracht werden konnte — 10000 ist ein schöner Haufen — in der "Vorwärts"-Buchdruckerei in der Lindenstraße versteckt. Aber schwerlich war das hinausbringen! Die Linienstraße hatte nämlich wieder einmal die Überwachung jener Gentlemen erhalten, die wie Schafleder ausreifen, wenn man ihnen nur in die Augen sehen will.

Man hielt die Genossen eine Steigerung nicht mehr für notwendig, sondern beschlossen, den Buhlmann abzufrieden. Zur besonderen Genugtuung Buhlmann-Baducs wurde für den Zählabend ein Vortrag des Gen. Gehrmann "Über die Sozialdemokratie und ihre innere Organisation" angekündigt. "Da kann man was lernen!" hatte er abnunglos zu Genossen G. gesagt. Und er lernte wirklich was. In seinem Vortrage fragte der Redner, da man über die innere Organisation doch nur im vertrautesten Kreise reden könne, die anwesenden Genossen nach ihrem Namen, und als er zu Buhlmann meinte: "Und Sie sind Genosse Buhlmann?" da erhob sich Buhlmann-Baduc stolz und sagte: "Zawohl, Genosse Buhlmann." In gleichen Moment trat aber Genosse Eugen Ernst zur Tür herein und herrschte ihn an: "Ach nein, Sie sind der Kriminalschuttmann Baduc, Rathenower Straße 80 wohnhaft." Gleich und stotternd versuchte Baduc zweimal sich zu verleugnen, aber umsonst! Und plötzlich machte er Anstalten zu verduften, aber spöttisch meinte Genosse Ernst, er brauche sich nicht zu beeilen: "Ihre Photographie haben wir schon!" Selbst diese wollte Baduc nicht anerkennen, umso mehr identifizierten ihn die Genossen. Endlich stürzte er, fassungslos und schlotternd, zum Lokal hinaus, begleitet von dem Hohngeächter und den gebührenden Hochachtungsbezeugungen der Genossen. Genosse Eugen Ernst hatte ihm auch noch einige Ermahnungen auf den Weg gegeben, die Baduc hoffentlich seinen Mitbrüdern an die sie gerichtet waren, bestellt haben wird. Bei seinem unfreiwilligen Abgange glückte der Kriminalschuttmann Baduc ganz seinem Freunde Neumann, als dieser nach seinem Reinfall fassungslos abhob; und doch hatte er ihn so liebevoll instruiert, wie man es machen muß, daß man nicht erwischt werde!

Um nun unseren Genossen die Gelegenheit zu geben, die Botschaft des Kriminalgenossen August Baduc sich vor Augen zu führen, falls er sich in einem anderen Wahlkreise zur Aufnahme melden sollte, sind Photographien angefertigt und eine davon im Schaufenster unserer Expedition ausgehängt worden.

Soziales und Parteilieben.

Zur Krise in der Vielesfelder Industrie. Die Zunahme der Arbeitslosigkeit in der Metallindustrie in Vielesfeld veranschaulichen nachfolgende Zahlen: von der Verwaltungsstelle Vielesfeld des Deutschen Metallarbeiterverbandes erhielten Arbeitslosen-Unterstützung aus Mitteln der Haupt- und Lokalkasse im ersten Quartal 1908 671 Mitglieder, im zweiten Quartal 1115 Mitglieder, im dritten Quartal 2144 Mitglieder. Bezahlt wurden im ersten Quartal 9388,65 Mk., im zweiten Quartal 15 193,30 Mk., im dritten Quartal 41 831,85 Mk. Das sind insgesamt in den drei Quartalen an 4730 Mitglieder die Summe von 66 665,80 Mark gezahlter Arbeitslosenunterstützung.

Ein freistündiges Ausnahmegesetz gegen Streikende. Die Kärntner Gemeindekrankenkasse ist in der ganzen Welt berühmt. Ist es an und für sich schon eine Schande für die größte Industriestadt Bayerns, daß sie hartnäckig an der schlechtesten Form der Krankenversicherung festhält, noch viel schmächtlicher ist die Art, wie mittels dieses Instituts die Arbeiter mißhandelt werden. Das neueste Stückchen dieser Art ist folgendes: Die streikenden Arbeiter der Viktoriaerwerke haben von dem Rechte Gebrauch gemacht, nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Versicherung fortzusetzen. Einer der Streikenden erkrankte plötzlich und mußte die Gemeindekrankenkasse in Anspruch nehmen. Als ihm das Krankenbuch ausgehändigt wurde, fand er darin den Eintrag, daß er bei erwerbsunfähiger Erkrankung ins Krankenhaus gehen müsse. Der Arbeiter, der verheiratet ist, reklamierte und bemerkte, daß er sich zu Hause verpflegen lasse. Darauf wurde ihm erklärt, solange der Zustand dauere, erhalte er kein Krankengeld; er müsse ins Krankenhaus, das werde bei allen Umständen so gemacht. Also ein kleines Ausnahmegesetz gegen Streikende, und noch dazu eine flagrante Verletzung des Krankenversicherungsgesetzes, das genau alle die Fälle präfixiert, in denen die Überweisung an das Krankenhaus erfolgen kann. Von Umständen ist dabei nicht die Rede, das ist freistündige Gründung.

Die Reichsverbandsmethode vor Gericht. Vor dem Kasseler Landgericht kam am 15. Oktober erneut ein Prozeß gegen den Redakteur des Kasseler Volksblattes, Gen. Hauschild, zur Verhandlung, der das Gericht bereits zweimal beschäftigt hatte. In den Monaten September bis Dezember 1907 erschienen in unserem Kasseler Parteiblatt acht teils spaltenlange Artikel und Notizen, in den mit dem Reichsverband einmal gründlich abgerechnet wurde. Es wurde die "noble" Kampfmethode der reichsverbändlerischen Selbsten scharf gegeißelt und konstatiert, daß die anständigen Elemente im bürgerlichen Lager sich von der Reichsverbandssippligkeit mit Ekel abwendeten. Durch diese Ausführungen fühlten sich nicht weniger als 22 Vorstandsmitglieder der Kasseler Filiale der Liebertorganisation, von dem General v. d. Voelch angefangen bis herunter zum "Arbeiter" Werner, beleidigt. Sie ersuchten die Staatsanwaltschaft, im öffentlichen Interesse gegen den Genossen Hauschild vorzugehen, diese lehnte die Übernahme der Strafverfolgung aber ab. Dem darauf angelegten Privatbeleidigungsverfahren schlossen sich nur 16 Reichsverbändler an. Das Schöffengericht, vor dem der Prozeß in erster Instanz zur Verhandlung kam, ließ entgegen dem Antrag des reichsverbändlerischen Anwalts Dr. Weiß den Beweis, daß die Kampfmethode des Reichsverbandes unanständig und minderwertig sei, zu und vertagte sich zur Herbeischaffung des Beweismaterials. Am 2. Juli kam die Angelegenheit dann erneut zur Verhandlung. Von dem angebotenen, umfangreichen Beweismaterial konnte nur zum Teil Gebrauch gemacht werden, da das Gericht sich der Auffassung des Verteidigers, Genosse Dr. Frank, anschloß, daß die unter Anklage gestellten Beleidigungen sich nicht gegen einzelne Vorstandsmitglieder des Reichsverbandes richteten, sondern gegen die Gesamtheit der Mitglieder richteten, d. h. soweit sie mit der Methode und Kampfmethode des Verbandes einverstanden seien. Im Befehl heiße es aber ausdrücklich, daß mit Ausnahme von Behörden nur physische Personen, nicht aber Vereine beleidigt werden könnten. Das Gericht sprach denn auch den Genossen Hauschild frei. Zur Begründung wurde ausgeführt: "Nach geltendem Recht kann eine Personengesellschaft, abgesehen von dem Ausnahmefall des § 196 Str.-G.-B., der hier nicht in Betracht kommt, nicht beleidigt werden. Es ist aber anzuerkennen, daß eine Mehrheit von Personen dadurch beleidigt werden kann, daß der Täter sich einer Kollektivbezeichnung bedient. In diesem Falle muß jedoch erwiesen werden, daß der Täter den Kollektivnamen gewählt hat, um damit die sämtlichen Personen zu treffen, die unter den Kollektivbegriff fallen. Der Beleidiger muß den Vorzug gehabt haben, mit der Kollektivbeleidigung alle einzelnen Personen zu treffen, die unter den Begriff fallen, oder es muß dem Angeklagten nachgewiesen werden, im Falle nicht alle unter einem Kollektivbegriff stehenden Personen getroffen werden sollen, welche bestimmten Personen aus dieser Gesamtheit er hat beleidigen wollen, und daß gerade die Kläger diese

bestimmten Personen sind. (Zu vergl. G. M. d. Reichsg. Nr. III, 247 XXXI 185, und R. III 606.)" Da das Gericht nicht die Überzeugung gewinnen konnte, daß Hauschild unerschuldlos sämtliche Mitglieder des Reichsverbandes hat beleidigen wollen, und daß er gerade die flagranten 16 Reichsverbändler in seinen Artikeln gemeint hat, mußte die Freisprechung erfolgen. Gegen das Urteil legten die Reichsverbändler Berufung ein, die am Donnerstag zur Verhandlung kam. Das Gericht hatte sich jetzt nur mit der formalen Seite des Prozesses zu beschäftigen. Ein Urteil wurde noch nicht gefällt, das Gericht beschloß, die Verhandlung auszusetzen und das Urteil am 22. Oktober zu verkünden.

Vom Reichsverband gegen die Sozialdemokratie. Wie ein alter Veteran der "Köln. Volks-Zig." schreibt, wendet der Vorstand des Verbandes bei seiner Werbearbeit sich hauptsächlich an Offiziere a. D. und sucht sie zur Mitarbeit oder doch mindestens zum Beitritt zu bewegen, was auch in sehr vielen Fällen gelingt. Sehr häufig ist ein höherer Offizier a. D. Vorstand der Ortsgruppe, und wenn dieser dann an seine Kameraden herantritt und sie unter Hinweis auf den Umstand, daß Generalleutnant v. Liebert der Vorstand des Reichsverbandes sei, auffordert, dem Verbande beizutreten, so hat eine solche Aufforderung in der Regel Erfolg. Unter den Lehrern an den sogenannten fliegenden Rednerschulen des Reichsverbandes wirken fünf Offiziere a. D. Auch den Gewährsmann des Zentrumsblattes hat man verschiedentlich, und zwar mündlich, zum Beitritt aufgefordert, und alljährlich werden ihm auch die Schriftstücke überhandt, in welchen über die Tätigkeit des Verbandes Bericht erstattet, die absolute Notwendigkeit des Verbandes in marktschreierischer Weise betont und zum Beitritt und zur Einbringung von Jahresbeiträgen oder einer Spende, wie es auf der Beitrittskarte heißt, aufgefordert wird, aber vergeblich. Er, ein Mitglied des Volksvereins für das katholische Deutschland, erinnert daran, daß nach dem Berichte des Vorstandes über die Tätigkeit des Reichsverbandes für 1907 der bekannte Silvesterbrief des Reichskanzlers, in welchem Zentrum und Sozialdemokratie in einen Topf geworfen wurden, einer Anregung durch den Vorstand des Reichsverbandes zu verdanken ist, und er wirft die Frage auf, wie es kommt, daß gerade unter den hohen inaktiven Offizieren solche den Katholiken feindlich gesinnte Herren sich befinden, wie die Generale v. Pöfel, v. Liebert und Keim". Dazu bemerkt er: "Man kann doch nicht annehmen, daß die Herren solche durch nichts begründete Animositäten aus der Armee mitgebracht haben, da diese von solchen Engbergigkeiten sich fernhält. Als Erklärung für diese auffällige Erscheinung möchte man annehmen, daß die Herren noch einen außerordentlich großen Latendurst in sich tragen, den sie, da ihnen die Armee verschlossen ist, auf einem anderen Felde zu betätigen sich bemühen." — Um den "Latendurst", den die Herren vom Reichsverband entwickeln, hat sie noch kein verständiger Politiker, welcher Parteirichtung er auch angehören möge, beneidet.

Behandlung eines Preßjägers. Noch immer ist im Staate mit den eingehendsten Rechtsgarantien die Zeit nicht vorüber, daß Preßjäger genau so behandelt werden, wie ein gemeiner Verbrecher. Das mußte am 13. Oktober Genosse Leimpeters, Redakteur der "St. Johanner Volks-wacht" erfahren, indem er durch einen Schuttmann in Uniform nach Diedenhofen (Lothringen) vor das kaiserliche Schöffengericht geführt wurde. Allerdings nicht gefesselt. Leimpeters sollte den Ingenieur Ruf durch eine scherzhaftige Notiz in der "Volks-wacht" beleidigt haben, in der es hieß, daß es Herrn Ruf wohl am flüssigen Mammon fehle, da er einen entlassenen Arbeiter über acht Tage auf seinen Lohn habe warten lassen, obschon in seinem Betrieb keine Kündigung herrsche, folglich die Lohnauszahlung mit dem Verlassen der Arbeit erfolgen müsse. Ruf glaubte durch den Artikel geschädigt zu sein und fühlte sich außerdem beleidigt; er strengte Privatklage an. Der erste Termin sollte am 8. September stattfinden. Leimpeters hatte zu diesem Termin die Ladung des betreffenden Arbeiters als Entlastungszeugen beantragt, die jedoch vom Gericht abgelehnt wurde. Darauf schrieb Leimpeters am 4. September an das kaiserliche Schöffengericht, daß er auf die Vernehmung des Zeugen nicht verzichten könne, weshalb eine Vertagung notwendig sei; er beantragte deshalb Vertagung und nochmals Ladung des Entlastungszeugen. Das Schöffengericht beschloß jedoch die Vorführung des Angeklagten und, ohne daß Leimpeters dieser Beschluß aufgestellt worden war, erschien am 13. Oktober, früh morgens gegen 6 Uhr, ein Schuttmann in seiner Wohnung, der ihn von Saarbrücken nach dem kaiserlichen Schöffengericht in Diedenhofen geleitete! Zur Verhandlung war der Entlastungszeuge wieder nicht geladen, jedoch gab Herr Ruf den Tatbestand zu. Es kam ein Vergleich zustande, indem Leimpeters die Bemerkung über die innere Beschaffenheit des Geldschrancks des Herrn Ingenieurs als unrichtig zurücknahm. — Einer solchen Bagatelle halber läßt die deutsche Justiz einen Preßjäger durch die Polizei öffentlich durch die Straßen zweier Städte schleppen!

Positive Arbeit der Sozialdemokraten. Die Stadtverordnetenversammlung in Magdeburg beschloß die Einführung einer Unfallversicherung für sämtliche städtische Angestellte. Die Stadt trägt die Versicherung selbst, da eine Umfrage ergeben hat, daß die Selbstversicherung das vorteilhafteste ist. Bei der Rentenberechnung soll den in Dienste der Stadt nur teilweise beschäftigten Personen das Einkommen aus Haupt- und Nebenerwerb bis zu einem Gesamteinkommen von 2000 Mk. angerechnet werden. Die Beschlässe wurden auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion gefaßt.

Aus dem Gerichtssaal.

Der "würdige" Landwehr-Untersoffizier und Streiter gegen die Sozialdemokratie. Als Bekämpfer der Sozialdemokratie stellte sich am Mittwoch dem Kriegsgericht der 88. Division in Erfurt der Untersoffizier der Landwehr 1. Aufgebots, jetzige Schneidemüller Albert Wilmann aus Wölflis bei Ohrdruf vor. Er hat von 1899 bis 1901 in Meiningen gedient. Es war gegen Wilmann ein Verfahren auf Degradation eingeleitet worden, weil er wegen versuchter Erpreßung zu acht Tagen Gefängnis verurteilt worden ist. Die gegen das Urteil eingelegte Revision wurde vom Kriegsgericht verworfen. Die Verurteilung wegen versuchter Erpreßung ist erfolgt, weil Wilmann an einen Zeugen, der in einem Zivilprozeß gegen ihn ausgesagt, einen Brief geschrieben hat, in dem er ihm Retzweid vorwarf, er wolle den Zeugen aber nicht deswegen anzeigen, wenn dieser ihm seine Zeugnisse führen im Verlage von 10 Mk. abliefern. Wilmann war in dem betreffenden Zivilbeleidigungsprozeß zu einer geringen Geldstrafe verurteilt worden, hatte aber etwa 150 Mk. Kosten zu zahlen. Der Vertreter der Anklagebehörde — Kriegsgerichtsrat Seim — beantragte, die Degradation auszusprechen, im Interesse der Disziplin und des Ansehens des Untersoffizierstandes. Der Angeklagte Wilmann wies zu seiner Verteidigung darauf hin, daß er bisher in Wölflis tätig gegen die Sozialdemokratie gearbeitet habe, er sei schon sechs Jahre beim

Arlegersverein, für den er kräftig wirkte. Seine Bemühungen um Abwendung der Degradation hatten Erfolg. Das Kriegsgericht erkannte dahin, daß die beantragte Degradation abzulehnen sei. Kriegsgerichtsrat Köttermann führt aus, daß das Kriegsgericht im vorliegenden Falle die Degradation wohl aussprechen könnte, aber nicht müsse. Es sei ihm in Betracht zu ziehen, daß nur der Versuch einer Erpressung vorliege, zudem habe das Landgericht in seiner Urteilsbegründung selbst angeführt, daß der Angeklagte seinen Schritt nicht überlegt habe. Die Disziplin könne durch die erfolgte Verteilung des Vermögens nicht als gefährdet betrachtet werden, da dieser wohl eine große Dummheit begangen habe, aber nicht unwürdig sei, auch ferner Unteroffizier zu bleiben.

Todesurteil. Der Gärtner Joseph Bruder aus Liebenbach, der am 15. Juli 1904 die 14jährige Tochter des dortigen Besitzbesizers Witte, an der er einige Tage vorher ein Sittlichkeitsverbrechen verübt hatte, mit Kieselsteinen erschlagen hatte, wurde vom Schwurgericht in Ravensburg wegen Verbrechens durch Mord und Sittlichkeitsverbrechen nebst Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zum Tode und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Geborene Ordnungskräfte. Das Schwurgericht in Bissa i. B. verurteilte den Goldarbeiter Otto Hoffmann, der als Rentant der katholischen Kirchhoff in Fraustraße 2217 Mt. unterschlagen und die Bücher gefälscht hatte, zu einem Jahre Gefängnis.

Diebstähle in der Kaserne. PatronenhülSENDIEBSTÄHLE ließen sich die Witzelwiesel Wilger und Sips von der 12. Kompagnie des Infanterie-Regiments Nr. 138 in Dörsau zu Schulden kommen. Sie verkauften größere Mengen an einige Mithändler, die die Sachen nach Frankreich weitertransportieren wollten. Die Sendung wurde aber vorher beschlagnahmt. Das Kriegsgericht der 30. Division verurteilte die Feldwibel seinerzeit zu je 2 Monaten Gefängnis und Degradation. Dagegen hatten die Angeklagten Berufung eingelegt, die am Mittwoch vor dem Oberkriegsgericht des 15. Armee-Korps in Straßburg zur Verhandlung kam. Sips ist wegen Urteils-überfälschung, Trunkenheit und Verschämung von Dienst schon bestraft. Wilger ist wegen Mißhandlung Untergebenen ebenfalls bestraft. Beide gaben an, im guten Glauben bei dem Verkauf der Patronenhüllen gehandelt zu haben, da ihnen der Hauptmann bemerkt habe, das Zeug, die Patronenhüllen (Modell 88), sollten verschwinden. Der Hauptmann bestreitet eine solche Bemerkung gemacht zu haben. Aus den Aussagen und Geschäftsbüchern der Zeugen-Mithändler Cheleute Koch ging hervor, daß die Angeklagten insgesamt 120 Kg. oder 2000 Patronenhüllen verkauft haben. Die Angeklagten sind bereit, den Erlös hierfür aus ihren Sparkassenbüchern zu decken. Das Oberkriegsgericht erblickte in der Tat der Angeklagten nur Unterschlagung, hob das 1. Urteil auf und erkannte auf 4 1/2 Jahre Gefängnis. Auch die Degradation wurde aufgehoben, weil die Angeklagten trotz ihrer Strafen von guter Führung seien. Vor einiger Zeit wurde ein Soldat, der 50 Pfg. gestohlen hatte, in die 2. Klasse versetzt. Militärjustiz, wie unerforschlich sind doch deine Urteile.

Der Prinzenkäfig.

Das Unbekannteste, das in diesen Wochen in Konstantinopel bekannt geworden, ist zweifellos die Befreiung der sultanischen Prinzen aus dem Prinzenkäfig. Die Wölfer in der Türkei waren immer nur Geschnitzte, die Prinzen aber stets Gefangene. Nur die ersten osmanischen Sultane schonten ihrer Brüder und männlichen Verwandten Leben. Aber als Sultan Bajezid I. im Jahre 1389 seines Vaters Thron bestieg, begann er seine Herrschaft mit der Hinrichtung seines Bruders Isak. Der osmanische Reichshistoriograph der Zeit rühmt diesen Mord als eine politisch notwendige und kluge Maßregel mit den Worten: "Unruh ist ärger als Hinrichtung; in Nachahmung des Beispiels Gottes, der allein und ohne Nebenbuhler herrscht, muß auch Gottes Schatten auf Erden, der Herrscher der Rechtsgläubigen, ohne Nebenbuhler herrschen." Als später einige solche notwendige Maßregeln angewendet worden, machte Sultan Mohammed 2., der Eroberer Konstantinopels, dem Streit, ob der Brudermord notwendig oder nicht notwendig, durch die Schaffung des Kanun oder Reichsgesetzes zur Sicherung des Thrones gründlich ein Ende.

Dieser Kanun befaßte ein für allemal den Brudermord als erste Herrscherpflicht. Der alten Geschichte ist ähnliches nicht fremd. Aber den Brudermord zum Reichsgesetz zu erheben, diese Barbarei blieb den Osmanen vorbehalten. Mohammed 2. begründete seinen Kanun mit folgenden Worten: "Die meisten Gesegneten haben es für erlaubt erklärt, daß wer immer von meinen ertauhten Kindern und Enkeln zur Herrschaft gelangt, zur Sicherheit der Ruhe der Welt seine Brüder hinrichten lasse; sie sollen danach handeln." Und fast ausnahmslos handelten sie alle danach.

Als der 24jährige Murad 3. den Thron bestieg, ließ er kanunmäßig fünf Brüder ermorden. Dieser Sultan hinterließ zwanzig Söhne; der Thronfolger ließ die neunzehn Brüder nur bis zur Beerdigung des Vaters leben, dann aber durch Sturme erwürgen. Alle diese Prinzen waren sorgfältig erzogen worden, denn man mußte ja nicht, wem der Thron zufallen würde. Einer von ihnen, Dschamali, war trotz seiner Jugend schon ein berühmter Dichter, und bei der Nachricht von des Vaters Tode beklagte er in rührenden Versen sein eigenes, unvermeidliches tragisches Los.

Nur einige wenige Male konnte das grausame Reichsgesetz nicht in Anwendung kommen. Gleich Mohammeds 2. Nachfolger Bajezid 2. vermochte es nicht zu beachten, weil sein einziger Bruder Dschamali rechtzeitig die Flucht ergriff; freilich entging Dschamali auch im Ausland seinem Schicksal nicht, man weiß, daß Papst Alexander Borgia ihn dem Sultan zu Gefallen entwand. Murad 4. hatte bei seiner Thronbesteigung in einer Verhandlung von Bruderverliebe seiner Brüder Leben noch des Kanuns verstanden; aber als bei einem Aufbruch das Heer diesen Brüdern zuzubereiten, die Befehle der Drogen ihre Hinrichtung, er ließe sie zu einem Feste und ließ sie in seiner Gegenwart erschlagen. Solche peripetatischen Hinrichtungen war aber gesegnet; und der Dimeg hatte einmal den Kanun, dies gegenüber einem Sultan zu erklären.

Mohammed 4. verstand, da er bei seiner Thronbesteigung selbst noch jung war und seine Söhne betrug, das Leben seiner Brüder Sulaiman und Ahmed. Aber als ihm seine geliebteste Gemahlin Rebia Gülnisch (Hochlingserbinde), eine geborene Griechin aus Kaschgow, einen Sohn geschenkt hatte, beschloß er den Mord der Brüder. Der Kanun war aber dagegen mit der Begründung: "Der Brudermord verurteilt sich nicht an der Zeit, weil die Thronfolge durch einen einzigen Sohn in der Wiege nicht hindertlich gefährdet erscheint." Mohammed aber gab den blühenden Plan nicht auf, seine Gemahlin Rebia Gülnisch, die Griechin, ließ ihn immer wieder zum Brudermord an-

aus Saß gegen die Sultans-Mutter Tarchan, eine geborene Russin oder Polin. Und eines Nachts drang Mohammed selbst in der Mutter Schlafgemach, um eigenhändig dort die Prinzen-Brüder zu töten. Zwei Sklavinnen sahen den Sultan eintreten und den Dolch schwingen; sie wagten aber nicht zu schreien und wackten die Herrin durch Stöße. Die Mutter sprang auf und warf sich über das Bett der kleinen Prinzen. Da wich der Sultan zurück. Die Prinzen blieben am Leben, aber die treuen Sklavinnen wurden zur Strafe für ihre Wachsamkeit gehängt.

Wenige Jahre später gebar Rebia Gülnisch abermals einen Sohn und verlangte vom Sultan neuerdings zur Sicherung der Erbfolge für seine eigene Nachkommenschaft Hinwegräumung der Brüder. Der Sultan wollte diesmal den Brudermord auf gewöhnlichem Wege vollziehen lassen. Er begab sich selbst auf die Höhe Besika und trug dem Dimeg sein Verlangen vor. Die Minister hielten den Vorschlag für unfelldig, seiner Brüder Leben zu schonen; der Mufti Ali Efendi aber hatte den Mut, zu erklären: "Der Brudermord ist nur dann kanunmäßig, wenn er gleich nach der Thronbesteigung vollzogen wird."

Diesem Anspruche mußte Mohammed gehorchen, und also blieben Sulaiman und Ahmed am Leben. Letzterer wurde in der Folge selbst Sultan, und imgedenk der eigenen glücklichen mehrmals überstandenen Lebensgefahr verzichtete er als erster von allen Sultanen seit Mohammed II. freiwillig auf das blutige Sultansrecht des Brudermordes. Seither begnügten sich die osmanischen Herrscher damit, bei ihrer Thronbesteigung über ihre Brüder, Neffen und Vettern statt des Mordes bloß die Gefangenschaft zu verhängen; die Prinzen mußten zeitweilen in bestimmten Gemächern wohnen, die man beziehungsweise Prinzenkäfige hieß. Aber die Prinzen mußten immer fürchten, daß das alte Gesetz wieder auflebte.

Als Abd ul Medschid, der Vater des jetzigen Sultans, starb, erfasste seine Söhne so entsetzliche Angst vor ihrem Oheim, Abd ul Nisr, daß sie sich in Keller und Winkel verkochten; der dritte Sohn Abd ul Medschids, der jetzige Thronfolger Mohammed Reschad Efendi, wollte sich ins Meer stürzen. Die Angst war gerechtfertigt, Abd ul Nisr trug sich mit Mordplänen gegen seine Neffen. Er ließ sie in dem Prinzenkäfig im Palast von Dolmabahçe einsperren. Später trennte er die Brüder und wies jedem von ihnen einen separaten Käfig an. Als Abd ul Nisr nach Ägypten zur Eröffnung des Suezkanals und nach Paris zur Weltausstellung reiste, schleppte er die Prinzen als Gefangene mit. Murad — später Sultan Murad 5. — namentlich erregte als nächster Thronanwärter besonders den Argwohn des Abd ul Nisr.

Als der Sultan mit ihm nach Konstantinopel zurückgekehrt war, ließ er ihn nach dem Schiff (Landgut) von Kurbalidere bringen, wo er fern von jeder Verbindung mit der Hauptstadt bleiben mußte. Von hier durfte Murad sich nicht fortbewegen, ein Heer von Wächtern und Spionen umgab ihn. Eine Palastrevolution machte eines Tages der Herrschaft des Abd ul Nisr ein Ende, und Midhat Pascha, der Jungtürkenführer, geleitete Murad aus dem Prinzenkäfig auf den SultansThron. Aber die Gefangenschaft voller Martern hatte den Geist Murads zerstört, nach 93 Tagen wurde er wegen Irrenstums entront, und sein Bruder Abd ul Hamid steckte ihn wieder in den Prinzenkäfig. Dies war noch milde, beinahe ungeschickte milde. Denn der Islam kennt nur einen Kalifen, und Abd ul Hamid duldete, daß ein zweiter Kalif, sein entthronter Bruder, 28 Jahre als Kalifat-Nebenbuhler weiterlebte. Sein Großvater Mahmud 2. hatte in einem ähnlichen Falle den entthronten Bruder Mustafa 4. ohne Zögern ermordet, damit nicht zwei Kalifen auf Erden wären.

Allerdings hat Abd ul Hamid 2. bloß auf den Brudermord verzichtet, im übrigen aber über seine Brüder, Neffen, Vettern und selbst über einige seiner Söhne jahrelange eine so grausame Gefangenschaft verhängt, daß mancher dieser Gefangenen den Tod vielleicht dem Leben im Prinzenkäfig vorgezogen hätte. Mit größtem Mißtrauen behandelte er namentlich seinen Bruder Mohammed Reschad, der das nach dem Sultan älteste männliche Mitglied des Hauses Osman und daher dem Gesetz gemäß präsumierter Thronfolger ist.

Die Verfassung ist wohl für niemand von größerem Segen geworden als für all diese unglücklichen Prinzen, von denen jeder bei der Aussicht, einmal Sultan und Kalif zu werden, seine Lage als Gefangener verbringen mußte. Nun ist auch ihr Martyrium zu Ende. Eine offizielle Mitteilung verkündete, daß die elf der Person des Erbprinzen Reschad Efendi attachierten Spione auf Befehl des Sultans aus der Residenz des Thronfolgers abberufen wurden. Der Thronfolger und alle andern Prinzen, von denen die meisten seit ihrer Geburt noch nicht das Haus verlassen hatten, in dem sie das Licht der Welt erblickten, dürfen sich nun frei bewegen. Zu Duzenden sieht man sie erdrehnen, die Moscheen besuchen, Theateraufführungen bewohnen, auf den Promenadenwegen herumspazieren. Der Prinzenkäfig hat sein Ende gefunden, seine Tore sind geschlossen für immer.

Wie sich die Dinge auch sonst gestalten mögen, kanunmäßiger Brudermord oder traditionelle Prinzengefingenschaft wird es in der Türkei als Mittel zur Sicherung der Thronherrschaft nicht mehr geben.

Aus Nah und Fern.

Die verpönte Marcellaise. Am Sonntag vor 8 Tagen fand bekanntlich in Berlin ein großes Luftballon-Wettfliegen statt, an welchem sich Luftschiffer aller Nationen beteiligten. Natürlich war das Ganze ein hochfeudales Arrangement und vor allem Dingern war es hochpatriotisch. Als die Luftballons dann einzeln abgelassen wurden, erkörnte jedesmal die Nationalhymne des Landes, welchem der Ballonfahrer angehörte. Bei den Deutschen wurde "Heil dir im Siegerkranz" gespielt, bei den Österreichern "Gott erhalte Franz den Kaiser", bei den Engländern "God save the king", bei den Amerikanern der "Yankee-Doodle" usw. Als aber die Franzosen abführten, wurde irgend was undefinierbares gespielt, weil die französische Nationalhymne, die Marcellaise, von Militärkapellen nicht gespielt werden darf, weil es ein Revolutionslied ist. Darüber haben sich die patriotischen Franzosen sehr aufgehoben. Nun klingt wohl die Marcellaise etwas anders als "Heil dir im Siegerkranz", aber jeder gute Franzose magt sie doch mit derselben Begeisterung wie jeder brave Deutsche seine "hohe Weimerganz". Man kann aber an diesem Beispiel wieder sehen, wie die Furcht vor dem roten Lappen unsere Patrioten den größten Blamagen vor dem Auslande auslegt.

Arme Kinder. In Tonia bei Graubenz kamen bei einem Brande der Besizer Rögernmann und seine zwei Kinder im Alter von 3 und 7 Jahren in den Flammen um.

Unter dem Verdacht des dreifachen Giftmordes. Aus Hirschberg (Schlesien) wird der "Pommerschen Zeitung" berichtet: In Bad Hilsberg wurde die Witwe Gläser unter dem Verdacht verhaftet, ihren im Frühjahr d. J. gestorbenen Mann sowie den 7jährigen und den 4jährigen Sohn ihres jetzigen Schwiegersohnes, des Arbeiters Schmidt, vergiftet zu

haben. Schmidt ist jetzt mit einer Tochter der Frau Gläser verheiratet; aus seiner ersten Ehe hat er zwei Söhne. Diese hatten von ihrer verstorbenen Mutter 1200 und 1500 Mark geerbt, die im Falle ihres Todes an den Vater fielen. Man nimmt nun an, daß Frau Gläser die beiden Kinder vergiftet hat, um ihrem Schwiegersohn, der notwendig Geld brauchte, das Erbe der Knaben zu verschaffen. Vorigen Monat starb das 4 1/2 jährige Mädchen des Schmidt plötzlich unter so eigentümlichen Umständen, daß die Leiche sezert und die inneren Leichteile nach Breslau zur chemischen Untersuchung geschickt wurden. Dadurch kam in Erinnerung, daß im Januar d. J. der siebenjährige Sohn des Schmidt und im Frühjahr d. J. der Mann der Frau Gläser unter den gleichen verdächtigen Umständen gestorben waren. Daraufhin fand am Sonntag die Ausgrabung und Sezierung auch dieser beiden Leichen statt, und gleichzeitig wurde Frau Gläser unter dem Verdacht des dreifachen Giftmordes verhaftet. Wie erinnertlich sein wird, haben sich erst im vorigen Jahre vor dem Hirschberger Schwurgericht zwei große Giftmordprozesse abgespielt. Frau Feige und Frau Scholz aus Grunau wurden damals des Giftmordes in mehreren Fällen für schuldig befunden, zum Tode verurteilt und beide später auch hingerichtet.

Scharfe Schiffe. Aus Dessau wird gemeldet: Auf den Abendpersonenzug Magdeburg-Leipzig wurden in der Nähe der Gohlauer Gölbrücke mehrere scharfe Schiffe abgegeben. Die Kugel zertrümmerte die Scheibe eines Abteilensfers, ein Reisender wurde nicht unerheblich verletzt.

Ohne Zusaffen aufgefunnen wurde in der Nordsee am 15. Oktober der vernitzte Yallon "Der Gessel". Es wäre ein Jammer, wenn einer solchen Spielerei noch Menschenleben zum Opfer gefallen sein sollten.

Eine Mordtat. Am Dienstag vormittag brachte der freissinnige "Frankische Kurier" in Nürnberg folgende Notiz: In der Nacht auf Montag ist der 21 jährige ledige Hafner Leonh. Koch von Lauf im Walde zwischen Kuhnshof und Lauf von dem verheirateten Tagelöhner Leonhard Dürsch, Vater von 3 Kindern, erstickt worden. Wegen "Verbandsgelichkeiten" entstand zwischen beiden Personen ein Wortwechsel — Durisch gehörte keinem Verbände an — worauf Durisch den Koch durch einen kräftig geführten Stich ins Herz tötete. Der Täter wurde jedoch noch in der Nacht verhaftet. Dazu schreibt man unserm Nürnbergberger Parteiblatt aus Lauf: Die graufige Mordtat, welcher der 27 jährige ledige Leonh. Koch, Hafner, zum Opfer fiel, hält noch immer die Gemüter in Erregung. Die verschiedenartigsten Gründe werden als Motiv zur Tat kolportiert. Nach einer Schilderung des "Laufener Wochenblattes" und des "Kurier" soll die Nichtzugehörigkeit des Mörders zum Verbände der Zankapfel gewesen sein. Der Erstochene soll dem Täter deshalb Vornisfe gemacht haben. Jedenfalls hat die Redaktion des "Laufener Wochenblattes" sich ihren Bericht vom Mordbuben selbst oder von einer ihm nahestehenden Person geholt. Koch ist selbst nicht Angehöriger eines Verbands, sondern wurde vor zwei Jahren aus der Liste gestrichen; er war seit der Zeit alles eher als ein Freund der Gewerkschaften. Nach unserer Information hat der Meisterheld mit anderen Personen herumgeirrt und den unrichtigen erstochen. Sein geradezu zynisches Verhalten bei der Konfrontierung der Leiche hätte bald die Anwesenden zu einem Lynchgericht hingerissen. Ich habe den Hingemordenen des öfteren beschäftigt und kann nur bestätigen, daß er ein fleißiger und zuverlässiger Arbeiter war. Der verhängnisvolle Stich ging mit voller Wucht mitten durchs Herz. Mit dem Ruf: "Ich bin gestochen" sank Koch tot nieder.

Scharfmacher auf dem Juristentag. Wie man erst jetzt erfährt, haben an den Verhandlungen des deutschen Juristentages, an dem sachungsmäßig nur Juristen teilnehmen können, als Vertreter des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der bekannten Scharfmacherippe, die Herren Professor Leidig und Regierungsrat a. D. Bartels, sowie der Syndikus Länger von der Hauptstelle der deutschen Arbeiterverbände teilgenommen. Außerdem hatte man als Gast auch noch den Sekretär der Hirsch-Düneckerischen Gewerkschaften, Erkelenz, zugelassen. Wie die liberale Korrespondenz feststellt, hat sich Professor Leidig beim Bureau darüber beschwert, daß der Gewerkschaftssekretär ebenfalls zugelassen worden war, ohne daß er Juristensyndikus studiert hat. Tatsächlich hat das Bureau den Gewerkschafter als der Präsenzzliste gestrichen. Professor Leidig hielt auf dem Juristentag eine seiner bekantesten Scharfmacherreden, nachdem er vorher sich versichert hatte, daß der Vertreter des Gewerkschafts das Wort nicht erteilt bekommen wird. Jedenfalls trägt es nicht gerade dazu bei, das Vertrauen in die Unparteilichkeit der deutschen Justiz zu stärken, wenn es den Scharfmachern möglich gemacht wird, inaktive Juristen, die sie als Vertreter ihrer Interessen angeworben haben, auf solche Tagungen zu schicken, um dort die anwesenden Juristen im Sinne der Scharfmacher zu beeinflussen. Selbst die liberale Korrespondenz schwärmt sich zu der Bemerkung auf: "Entweder der Juristentag bleibt unparteilich, und dann dürfen Interessenvertreter überhaupt nicht das Recht haben, sich aktiv an den Verhandlungen zu beteiligen, auch wenn sie zufällig juristisch gebildet sein sollten; oder aber, wenn Interessenvertreter von der einen Seite zugelassen werden, muß man solche von der andern Seite ebenfalls zulassen."

Gefasste Schmugglerin. Wie aus Freiburg i. B. berichtet wird, findet der Sacharinschmuggel aus der Schweiz immer neue Wege. In der Universitäts-Augenklinik traf aus Basel ein zentnerschwerer Korb ein, auf dessen Oberfläche sich Äpfel befanden. Darunter lag Sacharin. Später meldete sich die Passiert Abfenderin in der Klinik; der Korb sei irrtümlich dorthin adressiert worden. Die Frau wurde sofort verhaftet.

Auf offener Straße erstickten wurde in Luzern ein bis jetzt nicht rekonstruierter Mann. Dem Täter gelang es, unerkannt zu entkommen. Die Bluttat führte zur Verhaftung von neun Italienern, unter denen man den Mörder vermutet.

Bei einem Eisenbahnzusammenstoß in Belgien wurden Sonnabend zwei Personen getötet und 15 teils schwer verletzt.

Den ungetreuen Gatten erschossen. In einem Haus in Moskau erschoss eine verschleierte Dame mit zwei Pistolen die den Infanterie-Oberleutnant Mikschikoff. Die Täterin war seine Frau, die als sie in die Wohnung seiner Geliebten, einer Verkäuferin, nicht hineingelassen wurde, ihren Mann herauszuziehen ließ und dann tötete.

Die Cholera in Petersburg nimmt infolge der eingetretenen Kälte ab. Zumeist waren am Sonnabend noch 21 Todesfälle und 52 Erkrankungen zu verzeichnen.

Unwetter. Aus verschiedenen Landesteilen Spaniens kommen Nachrichten von schlimmen Unwettern. Besonders in der Provinz Valencia richteten Stürme und Überschwemmungen an Feldern wie Ortshäusern große Verheerungen an. Auch Menschen sind in den Fluten sowie durch Haus-einstürze umgekommen.

Während eines Taifuns sind in Tschang Tschau (China) 300 Menschen umgekommen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Samlich in Albeck.